

JA zum EU-Einwanderungsstopp

## Bundesrat belog das Volk!



Rudolf Keller,  
e. Nationalrat,  
Frenkendorf

Am 8. Februar 2009 stimmten wir über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit und über deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien ab. Einmal mehr wurde das Volk «weichgeklopft». Nur zu gut erinnern wir uns an die Fernsehdiskussionen in der ARENA, Aussagen im Radio und sogenannte «Feststellungen» im Bundesbüchlein (im Lugibüchlein), wonach der Zustrom von Ausländern stark abgenommen habe.

Es wurden uns sogar Zahlen präsentiert, die das belegen sollten.

POSTCODE 1

AZB 3806 Bönigen

Bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern kam der Eindruck auf, dass die Einwanderung aufgrund der Personenfreizügigkeit mit der EU eine Erfolgsstory sei. Das hat vor allem dazu beigetragen, dass das Volk schliesslich zustimmte.

Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf legte dar, dass die Einwanderung von Deutschen abgenommen habe. **Tatsächlich sind in den Monaten Oktober 2008**

bis Januar 2009 einige Deutsche weniger ins Land geströmt, aber immer noch bedeutend mehr als im Vorjahr. Die Bundesrätin hat also ein perfides taktisches Spielchen betrieben, um der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen.

**Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf hat uns angelogen!**

Der Bundesrat hatte in diesem Abstimmungskampf vor allem die Bundesrätinnen vorgeschickt, weil er wohl meinte, dass diese besser punkten könnten bei der Bevölkerung als etwa ein unbeliebter Pascal Couchepin oder ein lahmer Hans-Rudolf Merz. Bundesrätin Doris Leuthard redete damals in den Medien auch tatsächlich von Schutzklauseln, Übergangsfristen und flankierenden Massnahmen, welche verhindern, dass unser Land immer stärkerer Einwanderung ausgesetzt sei. Das Volk glaubte dies und stimmte zu. In Tat und Wahrheit hätte Bundesrätin Doris Leuthard nie den Mut, gegenüber der EU einen vorläufigen Einwanderungsstopp zu erlassen.

**Bundesrätin Doris Leuthard hat uns nicht die Wahrheit gesagt!**

Der Meister der falschen Rhetorik, Bundesrat Pascal Couchepin, sprach vom wirtschaftlichen Wunder, das unser Land dank der EU-Einwanderung erleben werde. Wir erinnern uns, Couchepin war früher als Nationalrat für den EU-Beitritt und ist es noch heute – er getraut es sich nur nicht mehr offen zu sagen. Seine ganze Politik ist aber auf den EU-Beitritt ausgelegt!

**Bundesrat Pascal Couchepin hat uns betrogen!**

Der Bundesrat handelte im Abstimmungskampf zur Personen-

## Bilderberger und Israel-Lobby: Wem dient diese SVP?

Als unsere Zeitungsredaktion vor wenigen Tagen eine Gästeliste des diesjährigen internationalen Bilderberger-Kongresses in Athen erhielt, trauten wir unseren Augen nicht, stand doch da der Name **Christoph Blochers** auf der Teilnehmerliste. Ausgerechnet Christoph Blocher als Gast bei diesem kosmopoliten Geheimbund? Wir glaubten es nicht. Mittlerweile bestätigte sich jedoch die Teilnahme unseres früheren Justizministers am diesjährigen Bilderberger-Treffen.

Dass hierzulande jedoch kaum ein Medium über dieses Geheimtreffen und insbesondere über die Teilnahme unseres früheren Bundesrates berichtet, erstaunt kaum, stand doch auch der Name des einflussreichen Ringier-Verlegers **Michael Ringier** auf der uns zugestellten Gästeliste. «Gleiche Brüder – gleiche Kappen» ist man versucht auszurufen! In das gleiche Kapitel geht die kürzliche Gründung der parlamentarischen Gruppe Schweiz – Israel. Von den 45 Mitgliedern der Pro Israel-Lobby-Organisation gehören nicht weniger als 36 (!) der SVP an, darunter auch der aktuelle Bundesrat **Ueli Maurer**. «Welchen Herrn dient diese SVP?», fragt sich der «Schweizer Demokrat» und erlaubt sich, in dieser Ausgabe auch dieser Frage eingehend nachzugehen.

Die Redaktion

freizügigkeit solidarisch. Kaum genesen, liess sich auch Bundesrat Hans-Rudolf Merz vernehmen, dass wir aus staats- und finanzpolitischen Gründen den freien Personenverkehr mit der EU unbedingt benötigen. Dies bringe uns mehr Steuereinnahmen, von denen wir profitieren könnten. Gegenstimmen, wonach wir in eine immer tiefere Rezession hineinschlittern und uns dies sehr viele EU-Arbeitslose beschereu würde, schlug er in den Wind. Er liess – wie seine anderen Bundesratskollegen auch – das Argument nicht gelten, dass diese EU-Arbeitslosen zunehmend unsere Arbeitslosenkasse belasten und eine Konkurrenz für uns Einheimischen würden.

**Bundesrat Hans-Rudolf Merz hat uns hintergangen!**

Und Bundesrätin Micheline Calmy-Rey drohte den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern unver-

hohlen, dass alle EU-Verträge ungültig würden, wenn sie Nein stimmten. Der freie Grenzübergang sei gefährdet und x weitere Blablablas folgten aus ihrem Mund. Sie war sich auch nicht zu schade, um

Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 3 Leben und Umwelt
- 5 Marokko-Müller
- 6 Mehr Menschen = mehr Probleme!
- 8 Marktplatz
- 9 Erfolgreiche SD-DV in Reinach – Aus den Kantonen
- 12 Die Israel-Lobby wird in der Schweiz aktiv
- 14 Ein jeder Krieg produziert auch Lügen!

**Bundesrat belog das Volk!**

Fortsetzung von Seite 1

immer wieder darauf hinzuweisen, dass es Einwanderungs-Schutzklauseln gibt, die man anrufen kann, wenn es eine grössere Einwanderung geben sollte. Aber sie denkt natürlich nicht im Traum daran, diese Schutzklausel auch wirklich anzuwenden. Nun, da ein Bundesamt diese Schutzklausel verlangt, ist sie selbstverständlich dagegen.

**Bundesrätin Michelin Calmy-Rey hat uns in die Irre geführt!**

Bundesrat Moritz Leuenberger hat die Angst geschürt, dass das Verkehrsabkommen dahinfliegen würde, falls das Volk die Dreistigkeit hätte, die beiden Vorlagen abzulehnen. Die beiden Vorlagen wurden ja gar noch hinterrücks und gegen alle vorgängigen Versprechen in eine **einzig**e Vorlage verpackt. Bundesrat Moritz Leuenberger sprach auch davon, dass es positiv sei, wenn vermehrt Deutsche zu uns kämen, da uns diese sprachlich und kulturell recht nahe stünden.

**Bundesrat Moritz Leuenberger hat uns falsch informiert!**

Der einzige Bundesrat, der uns nicht belogen hat, war Ueli Maurer – im Februar 2009 auch erst etwas mehr als einen Monat im Amt! **Alle Bundesräte haben im Abstimmungskampf gewusst, dass mehr**

**Arbeitskräfte in unser Land strömen als dies verkraftbar ist. Die Bundesräte kannten natürlich die genauen Zahlen. Sie verdrehten diese nach ihrem Gusto, um so Abstimmungswerbung zu machen. Die vielen Bedenken und Mahnungen der Gegner blieben auf der Strecke – wurden medial «niedergeknüppelt»!**

Die Zahl der Arbeitslosen steigt auch in unserem Land. Auch immer mehr EU-Ausländer und sonstige Ausländer werden arbeitslos. Eigentlich sollten wir den Mut haben und sie nach Hause schicken! Unsere Arbeitslosenkasse geht daran zugrunde. Schon bald werden deswegen die Lohnabzüge aller Arbeitnehmenden für die Arbeitslosenkasse erhöht werden. Unser Volk wird also diese Zeche teuer bezahlen müssen.

**Und noch immer wandern mehr EU-Ausländer ein als in den Vorjahresperioden.** Was ist denn die Voraussetzung, um die Schutzklausel anzuwenden?

Die Anzahl der ausgestellten Bewilligungen muss in einem bestimmten Jahr um mindestens zehn Prozent über dem Durchschnitt der vorangegangenen drei Jahre liegen. Die neu eingeführten Kontingente müssen dabei mindestens fünf Prozent höher sein als die Bewilligungen im Mittel der drei Jahre zuvor.



**Das tönt kompliziert, faktisch wäre dies aber ein Einwanderungsstopp, den wir Schweizer Demokraten begrüssen würden. Diese Schutzklausel könnte die Schweiz aber längstens bis Mitte 2014 einsetzen.** Danach gibt es wieder eine freie Einwanderung aus den 15 alten EU-Staaten, Malta und Zypern. Also gar viel bringt es nicht, aber immerhin eine kurzfristige Entlastung.

**Und jetzt beginnt das Kesseltreiben in den Medien. Es darf vermutet werden, dass die Abklärungen zur Anwendung der EU-Schutzklausel nicht an die Öffentlichkeit hätten dringen dürfen. Eine bewusste Indiskretion? Oder gar ein bewusstes Polit-Manöver der Regierenden, um nachher besser dazustehen und die Hände in Unschuld zu waschen?**

Bereits protestieren Parteien und Verbände gegen die Anrufung dieser Klausel. Und das Tüpfchen auf

dem «i» sind Sprecher der EU, welche sich darüber empören, dass man es in der Schweiz wagt, so etwas Frevelhaftes überhaupt zu diskutieren. Bereits drohte in bewährter EU-Manier (wie vor jeder EU-Abstimmung auch) der EU-Generaldirektor für Aussen-

beziehungen, Eneko Landaburu, dass die Einführung von Einwanderungskontingenten einen negativen Einfluss auf die Beziehungen EU – Schweiz hätten. Da fragen wir uns, wozu man denn diese Klausel in den Vertrag aufgenommen hat?

Der Bundesrat hat inzwischen, obwohl alle Fakten auf dem Tisch liegen, einmal mehr gegen die schweizerischen Arbeitnehmer entschieden. Vor wenigen Tagen lehnte er die Anwendung der Schutzklausel ab!

**Wir Schweizer Demokraten fordern einen sofortigen Einwanderungsstopp – die Einwanderung und ihre Folgen werden jeden Tag unerträglicher für unser Volk. Wenn es so weitergeht, werden wir unser Land in einigen Jahren nicht mehr wiedererkennen – dann sind wir Fremde im eigenen Land!**

## Rohrkrepierer flankierende Massnahmen

Wir mögen uns noch gut an die Volksabstimmung über den freien Personenverkehr erinnern. Die Bundesräte und die Parteien von links bis rechts haben uns vor vier Monaten versprochen, dass dank den sogenannten flankierenden Massnahmen das Lohnniveau in unserem Land gesichert werden könnte. Diese sogenannten flankierenden Massnahmen, welche per Gesetz verhindern sollen, dass EU-Ausländer zu Niedriglöhnen in unser Land arbeiten kommen, werden von den Arbeitgebern nach Strich und Faden umgangen. Schon während dem Abstimmungskampf haben wir anhand von vielen Beispielen belegt, dass gegen dieses Gesetz serienweise verstossen wird. Sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeitgeber haben dies aber vom Tisch gewischt. Alles sei gut, es laufe doch prima!



Die Rechnung ist ganz einfach: Je mehr Ausländer zu Kleinstlöhnen in unserem Land arbeiten, umso mehr Billigstkonkurrenz hat unser einheimisches Gewerbe. **Leidtragende sind unsere einheimischen Angestellten, deren Löhne als Folge dieses Lohndruckes ebenfalls fallen.** Sehr oft ist es so, dass einheimischen Firmen wegen diesen Tiefstlöhnen Aufträge entgehen.

Denn es ist klar, uns Einheimische muss man zum hiesigen Lohnniveau bezahlen.

Dass wir mit unseren Einwänden vollumfänglich recht hatten, zeigt sich einmal mehr eindrücklich anhand der Zahlen, welche die Basler Baustellenkontrolle ermittelt hat. Bei Baustellenkontrollen hat man 905 ausländische Arbeiter kontrolliert. **Die Quote der Verstösse gegen das Schweizer Gesetz stieg von rund 39% im Jahr 2007 auf 52% im Jahr 2008.** Es wurden Dinge aufgedeckt wie: Mickrigste 12-Franken-Stundenlöhne, Umgehung der Sozialabgaben, unkorrekte 13. Monatslöhne, zu lange Arbeitszeiten, unterlassene Meldungen ans Arbeitsamt, unsaubere Spesenregelungen, falsch ausgefüllte Stundenrapporte usw.

**Dem Gewerkschaftsboss Paul Rechsteiner sei ins Stammbuch geschrieben, dass seine hoch-**

**wohlgelobten Schutzmassnahmen wenig nützen und eher Papiertiger sind. Den Arbeitgebern sei ins Stammbuch geschrieben, dass unsere einheimischen Firmen bei solch tiefen Löhnen nicht mithalten können. Das schadet unserem Gewerbe massiv.**

Deshalb ein grosses PFUI all den Politisierenden, welche am 8. Februar 2009 für diesen freien Personenverkehr mit all seinen negativen Auswirkungen für unsere Arbeitnehmerschaft gestimmt haben. Und viele Gewerbler sind wohl einmal mehr auf diese Schalmeienklänge hereingefallen. Sie haben sich damit einen Bärendienst erwiesen! **Das einheimische Gewerbe leidet und blutet immer mehr.** Und auch in dieser Frage gilt: Wir wurden vom Bundesrat angelogen!

SD-Redaktion



## Was bedeuten 50 000 Einwohner mehr?

Die Einwohnerzahl der Schweiz hat in den letzten Jahren jeweils um rund 50 000 Personen jährlich zugenommen. Was bedeutet dies für die Umwelt? Wie viel sind 50 000 Einwohner mehr? Zum Vergleich die Einwohnerzahl einiger Städte: Fribourg 34 000, Schaffhausen 34 000, Biel 49 000. Zunächst werden 2,2 Millionen m<sup>2</sup> mehr Wohnfläche benötigt. Kein Wunder, wird überall gebaut, was das Zeug hält. Jede Sekunde wird 1 m<sup>2</sup> Land überbaut. Wir haben seit 1945 mehr Land zugepflastert als alle Generationen vor uns! Die 50 000 Personen beanspruchen

pro Jahr 2 Mrd. kWh mehr Energie, davon 2/3 als Erdöl (Heizöl, Benzin). Dies bedeutet eine erhöhte CO<sub>2</sub>-Belastung. Die Versprechungen am Klimagipfel können so natürlich nicht eingehalten werden. Die Zunahme von 25 000 Autos pro Jahr wird die Staumeldungen anschwellen lassen. Die 50 000 Menschen erzeugen eine Mehrproduktion pro Jahr von 17 000 Tonnen Siedlungsabfall. Natürlich nimmt auch der Sondermüll zu, und zwar um 7800 t.

Ecopop

PS: 2008 betrug die Zunahme 106 700 Personen.



Quelle: Forum Raumentwicklung

## Gegen Ausverkauf des Oberengadins

Im Oberengadin kann der Zweitwohnungsbau eingeschränkt werden. Dreieinhalb Jahre nach der Annahme einer Initiative zur Begrenzung von Bauvorhaben für Ferienzwecke hat die Bündner Regierung den entsprechenden Richtplan genehmigt. Dabei wur-

den die Ausnahmebestimmungen nochmals präzisiert: Von der Kontingentierung befreit werden können demnach nur Zweitwohnungsprojekte, die von «überwiegendem volkswirtschaftlichem Interesse» sind.

SDA

## Risse im AKW Mühleberg?

Die Risse im Kernmantel des Atomreaktors von Mühleberg haben ein kritisches Ausmass erreicht. Deswegen verlangt die Gruppe «Fokus Anti-Atom» in einem Brief an Energieminister Leuenberger die Stilllegung des AKWs. Die Risse, die seit 1990 bekannt sind, wachsen schneller als prognostiziert. Zwischen 1999 und 2005 haben sich die Risse in einer einzigen Schweissnaht um 1,1 Meter auf 2,5 Meter verlängert. Ein Viertel der Naht ist beschädigt. **Die Risstiefe beträgt bis zu 90% der Wandstärke.** Der Kernmantel umhüllt die Brenn- und Steuerstäbe. Er ist für die Kühlung verantwortlich. Ein defekter Kühlmantel kann zu lokalen Über-

hitzungen führen. Diese können eine Kernschmelze auslösen und damit eine Katastrophe mit Folgen – weit über die Schweizergrenzen hinaus. Um dieser Gefahr zu begegnen, wird der Mantel seit 1996 mit vier grossen Klammern zusammengehalten. Die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) stellt diese Mängel zwar fest, gewichtet jedoch die wirtschaftlichen Interessen der Betreiber höher als die Gefährdung der Bevölkerung. Die Bernischen Kraftwerke verfügen über eine Betriebsbewilligung bis zum Jahre 2012. Sie möchten das AKW Mühleberg weitere 20 Jahre betreiben, unbeschadet der Risiken. *Klartext Energie*

## Der Braunbär, Tier des Jahres 2009!

«Der Blick zurück und der Blick nach vorne», ist das Motto des 100-Jahre-Jubiläums von Pro Natura. Das Tier des Jahres zum Jubiläum war das erste Wappentier des Schweizerischen Bundes für Naturschutz – heute Pro Natura –, und seine Rückkehr ist heute und in Zukunft eine der grössten artenschutzzerischen Herausforderungen der Schweiz. Der Bär ist nach wie vor eine gefährdete Art und deswegen europaweit geschützt. Für die natürliche Verbreitung des Bären in Europa trägt die Schweiz eine besondere Verantwortung. Der Alpenbogen ist eines der wichtigsten Bärengebiete in Europa, und die Schweiz liegt mittendrin. Bären gehörten jahrhundertlang zur hiesigen Kultur. Zahlreiche Flur- und Ortsnamen sowie -wappen zeugen von der langen Kulturgeschichte des Bären in der Schweiz. Ganz zu schweigen von den Hunderten Gasthäusern quer durch die Schweiz, die den «Bären» stolz als Namen tragen. Nur die Gesellschaft hat in den rund 100 «bärlosen» Jahren verlernt, mit wilden

Tieren ihr Territorium zu teilen. Pro Natura macht mit der Wahl des Bären die Menschen auf die Bedürfnisse und das richtige Verhalten gegenüber wilden Tieren aufmerksam, allen voran dem Bären. Und zielt auf mehr Sicherheit für die Menschen und breitere Akzeptanz des Bären durch besseres Wissen. Im Sommer 2005 schlug die Rückkehr des Mythen umwobenen Grossraubtiers hohe Wellen. Die Streifzüge von JJ2 zogen die ganze Schweiz in seinen Bann. Vom Jungbären fehlt seither jede Spur. Ähnlich turbulent verlief der Versuch von JJ3, in den Schweizer Bergen Fuss zu fassen: Präventiv liessen die Bündner Jagdbehörden und das Bundesamt für Umwelt den Bären zum Schutz der einheimischen Bevölkerung töten. Bei richtigem Verhalten besteht für den Menschen allerdings kaum Gefahr. Deswegen setzt sich Pro Natura für die Sensibilisierung der Bevölkerung im Umgang mit dem Bären ein; für ein konfliktarmes Nebeneinander von Bär und Mensch! *Pro Natura*



## Die Ecopop zum Umweltschutz

Die massive Einwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg war das Ergebnis eines euphorischen Wirtschaftswachstums (Hochkonjunktur), welches einen massiven Zuzug von Arbeitskräften auslöste. Die Immigration hält noch heute an. Mehr Einwohner brauchen mehr Nahrung (Kulturland), Rohstoffe, Energie, sowie Wohn-, Arbeits-, Verkehrs- und Erholungsraum. Bevölkerungswachstum verursachte früher eine Ausdehnung der kultivierten und besiedelten Flächen auf Kosten der Wälder; neuerdings führt es zur Überbauung von Kulturland. Mit der Zunahme der Einwohnerzahl nehmen die Abfälle aus Stoffwechsel, Haushalt, Gewerbe, Industrie, Ver-

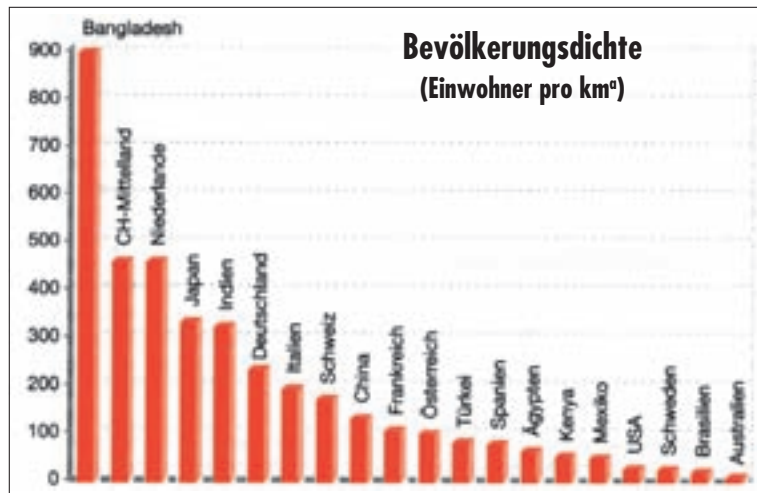
kehr usw. zu. Das Wirtschaftswachstum liess unsere Wohnbevölkerung durch Einwanderung anwachsen, und schon die Deckung von Grundbedürfnissen der Immigranten erhöhte die Umweltbelastung.

Nahm zwischen 1950 und 1985 die Wohnbevölkerung der Schweiz um 40% zu – wuchs das reale Brutto-sozialprodukt um 200%.

Der Energieverbrauch nahm zwischen 1950 und 1985 um 320% zu. Der Personenwagenbestand hat von rund 150 000 um 1950 auf 3 Mio. zugenommen.

1960 fielen pro Kopf zirka 150 Kilo Siedlungsabfälle an. Und heute?

*Prof. P. A. Tschumi, Bern*



## Auswirkungen von Lärm auf Wale und Delfine

Ozeane sind keine akustische Welt, sondern ein Reich der Töne und Geräusche. **Wale, Delfine, andere Meeressäuger und Schildkröten sind auf akustische Kommunikation angewiesen – zur Orientierung, zur Futtersuche, zur Paarung oder zur sozialen Verständigung untereinander.** Der Lärmpegel steigt – wie wissenschaftliche Messungen zeigen – im Schnitt jedes Jahrzehnt um 3 bis 5 Dezibel an. Die durch Menschen verursachte Lärmkulisse im Meer über-tönt die Natur zusehends. Die Tiere verlieren die Orientierung, sind in ihrer Nahrungssuche behindert und stehen unter permanentem Stress, der sich auf ihr gesamtes Verhalten auswirkt. **Der Versuch, dem Lärm auszuweichen, kostet die gestressten Tiere zusätzliche Energie.** Dies ist umso schlimmer, als die friedlichen Riesen der Ozeane seit langem vom Aussterben bedroht sind. **Vom Atlantischen Nordkaper beispielsweise (dieser**



gehört zur Art der Glattwale, welche nur im Nordatlantik vorkommen) gibt es weltweit nur noch 300 Tiere. Doch nebst der tödlichen Bedrohung durch Unterwasserlärm werden Wale nach wie vor kommerziell gejagt, verenden als Beifang in den Netzen der Industriefischerei, leiden unter der immer schlimmer werdenden Meeresverschmutzung und gehören zu den ersten Opfern der Klimaerwärmung. Es muss daher alles daran gesetzt werden, den Bestand der Wale zu erhalten. Denn: Jeder tote Wal ist einer zu viel. Greenpeace fordert deshalb, grosse Meeresgebiete per sofort unter Schutz zu stellen. *Greenpeace*

## Aqua Viva – aktiv wie noch nie!

Auszüge aus dem Jahresbericht des Präsidenten



AQUA VIVA beteiligte sich im Komitee gegen die **Verbandsbeschwerderechts-Vorlage**. Er ist der Dachverband von Vereinigungen für See- und Uferschutz, Fischerei-Verbänden und Kanuverband. Deren Mitglieder leisten vor Ort wertvolle Arbeit. Geht es aber um Vernehmlassungen, Vereinbarungen, Einsprachen, so steht der hochkarätige Vorstand von AQUA VIVA mit Rat und Tat bei und kann z.B. Beschwerden bis vors Bundesgericht vertreten. Der Abstimmungserfolg ermöglicht nun eine weiter konstruktive Arbeit im Dienste der Anliegen aller Mitgliedervereinigungen zum Schutz der Flüsse und Seen. AQUA VIVA kann – nicht zuletzt dank des Sekretärs und national anerkannten Juristen Tobias Winzeler – viele Erfolge zur Bewahrung von Flora und Fauna im Gewässerbereich aufweisen.

AQUA VIVA beteiligt sich auch an der **Landschaftsinitiative** und im Zusammenhang damit an der Vernehmlassung zur Revision des Raumplanungs-Gesetzes. Dies im Wissen, dass Wasser die «Nähr-lösung» von Landschaft und Natur ist, und dass die Ressourcensicherung des Wassers sowohl im Oberflächen- wie im Grundwasserbereich essentiell wichtig ist und natürlich auch einen unschätzbaren ökonomischen Wert darstellt. Die **Volksinitiative «Lebendiges Wasser»** scheint auf gutem Wege. Der Gegenentwurf des Ständerates nimmt verschiedene Anliegen der Initianten auf. Positiv zu würdigen sind insbesondere die neuen Bestimmungen zu Schwall und Sunk, zum Geschiebehalt sowie zum Raumbedarf, der durch die Kantone rechtsverbindlich festzulegen ist. Negativ zu bewerten ist hingegen die geplante Abschwächung der Restwasserbestimmungen sowie der Verzicht auf die Einführung eines Antragsrechts von Fischerei- und Umweltschutzorganisationen. Es bleibt

nun abzuwarten, wie der Nationalrat sich zum Gegenentwurf einstellt.

### Kraftwerke und Renaturierungen

AQUA VIVA setzt sich seit mehr als 10 Jahren mit verschiedenen schweizerischen und deutschen Fischerei- und Naturschutzorganisationen für die **Renaturierung des Hochrheins** ein. In diesem ambitionierten Projekt, das neben der Gewährleistung der freien Fischwanderung vor allem die Sanierung des Geschiebehaltums bezweckt, fallen demnächst wichtige Zwischenentscheide. So erwarten wir im ersten Halbjahr 2009 den Baubewilligungsentscheid für das Kraftwerk Eglisau, während in der zweiten Jahreshälfte die Konzessionsentscheide für das Hochrheinkraftwerk Ryburg-Schwörstadt sowie für das Oberrheinkraftwerk Kembs anstehen. In allen drei Verfahren ist AQUA VIVA engagiert. Gemäss den Aussagen der zuständigen bernischen Baudirektion soll der Baubewilligungsentscheid für das **Aarekraftwerk Wynau**, auf den wir seit 1995 (!) warten, im Frühjahr 2010 eröffnet werden.

Mit grosser Sorge erfüllt uns die Entwicklung im Bereich der **Klein-Wasserkraftwerke**. Wegen der neuen kostendeckenden Einspeisevergütung des Bundes suchen neuerdings auch die grossen Kraftwerksgesellschaften fieberhaft nach neuen Standorten. Bis Anfang Februar 2009 wurden bereits 540 Anträge eingereicht. Nach den grossen Fliessgewässern sollen nun auch noch die letzten frei fliessenden Bäche massiv beeinträchtigt werden. AQUA VIVA wird sich in Zukunft vermehrt dafür einsetzen, dass die rund 1000 bereits bestehenden Kleinkraftwerke, die zu mehr als 80% die Vorschriften des Gewässerschutzgesetzes in Bezug auf Restwasser und Fischgängigkeit nicht einhalten, endlich saniert werden.

**Buchbesprechung**

## Marokko-Müller

### Aussenpolitisches Lehrstück über unsere «Guten Dienste»



Robert Berner,  
e. Verfassungsrat,  
Rheinfelden

**Kolonien in Afrika**

Ende des 18. Jahrhunderts war Afrika weitgehend unter den Kolonialmächten aufgeteilt, ausser Abessinien und Marokko. Letzteres mit für Christen verbotenen Städten «wo Christenschädel über den Stadttore an der unbarmherzig heissen Sonne bleichen» (Frank Buchser, Ritt ins dunkle Marokko, 1858). Die Araber hatte man nach 700 Jahren wieder aus Spanien hinauskomplimentiert. Deren einst hochstehende Kultur versank in Nordafrika in Rückständigkeit. Um 1906 wurde Marokko ein Zankapfel zwischen England, Frankreich, Spanien und Deutschem Kaiserreich. Eine Konferenz in Algeciras sollte die Rechtlosigkeit im Reich des Scherifen beenden. Es sei eine Polizeitruppe unter einem Schweizer als «Generalinspektor» zu schaffen. Regent Marokkos war der 14-jährige Sultan.

**Mit leeren Händen ins Niemandsland**

Artillerie-Oberst Armin Müller, Schulkommandant in Bière, fuhr

1907 mit einem spanischen Kanonenboot nach Tanger, vier Tagreisen von der Hauptstadt Fez entfernt, als Polizeichef ohne Polizei. Das Hinterland befand sich in Aufruhr gegen Europäer. Müllers Aufgabe war, eine Polizeitruppe von 2500 Mann aufzustellen, ausgerüstet mit Gewehren, MG und Kanonen mit einem marokkanischen Käid (Kommandant), 10 Imanen (!), französischen und spanischen Instruktoren. Eine übermenschliche Aufgabe, die im Bundesparlament in Bern «durchgewinkt» wurde. Schon während seines ersten Heimaturlaubs kam es in Casablanca zu Massakern an Europäern. Darauf schossen Kriegsschiffe die Stadt in Trümmer. Frankreich schickte sich an, Marokko zu besetzen. Die Polizeitruppe trat in den Hintergrund. Ohnehin war jetzt der Balkan zum Brennpunkt geworden.

**Oberst Müller hielt durch**

Er vermochte trotz offener Feindseligkeit in den Küstenstädten Polizeianwärter zu rekrutieren, auszurüsten und auszubilden. Seine Rekruten, ungewohnt Schuhe zu tragen, jeder mit seinen Essensgewohnheiten und täglicher Soldzahlung, da sie Geld unverzüglich verprassten. 1908 überstürzten sich kriegerische Ereignisse. Der Sultan wurde durch seinen Bruder gestürzt, das Land geriet unter Frankreichs Protektorat, Schulden



Frank Buchser, *Abenteurer und Kunstmaler (1828–1890), bereiste verkleidet als Araber 1858 das verbotene Marokko (sein kühnstes und gefährlichstes Unternehmen) und nahm 1860 auf der Seite der Spanier am Rif-Krieg teil. Wo es ihm möglich war skizzierte er und schuf entsprechende Gemälde. Sein Werk ist Teil der Öffentlichen Kunstsammlung Basel.*  
(Im Bild: Militärparade auf den Mauern einer marokkanischen Stadt, farbiges Gemälde 28,5 x 46 cm)

gegenüber Paris, die Zoll-Einnahmen für 75 Jahre an Frankreich verpfändet. Die Mittlerrolle der Schweiz stand von Anfang unter einem schlechten Stern. Frankreich hatte die besseren Karten. Schon 1911 sprach man von dem vor der Tür stehenden Krieg zwischen Deutschland und Frankreich. Die Schüsse von Sarajewo waren später nur noch der Auslöser. Die Akte von Algeciras (7.4.1908), vor genau hundert Jahren und die Beauftragung eines Schweizer Obersten war «ein sonderliches, kuriozes Kapitel» schweizerischer Aussenpolitik. Bern habe sich mit einer «gewaltigen Portion Naivität ins marokka-

nische Abenteuer gestürzt», in einer Abfolge von Pannen, Peinlichkeiten, Behauptungen, Beleidigungen, Versagen, Verleumdungen». Oberst Müller blieb integer. Er hat in aussichtsloser Lage sein Möglichstes getan. Die Annahme des Mandats sollte aber als Lehre dienen. Die «BUCHSI-ZITIG» schrieb weit vorausschauend schon 1907: **Die Rede ist von Frieden. Die Waffen liefert Krupp.**

Konrad Stamm, *Marokko-Müller, ein Schweizer Oberst im Reich des Sultans 1907–1911, Verlag NZZ 2008, ISBN 978-3-03823-456-2, 380 Seiten, gebunden, Fr. 48.–.*



Vier Generationen vereint auf dieser Foto: Unsere ehemalige SD-Vizepräsidentin Lonny Flückiger (links) wurde soeben Ur-Grossmutter von Leo. Soll mal einer sagen, wir Schweizerinnen hätten keine Kinder!








**Vorankündigung**



## SD-1.-August-Feier





Auch in diesem Jahr führen die Schweizer Demokraten (SD) wieder eine traditionelle 1.-August-Bundesfeier durch. Diese findet am





**Samstag, 1. August 2009, ab 10.30 Uhr**  
**im Restaurant «Winkelried»**  
**in Wettingen statt.**





Weitere Informationen und ein detailliertes Programm entnehmen Sie in der Juli-Ausgabe unserer Parteizeitung!










# Mehr Menschen = mehr Probleme!

**Arbeitslosigkeit, horrenden Mieten, Verkehrs-Staus, Öko-Kollaps: Viele Probleme, eine Ursache. Das Boot Schweiz ist voll!**

- Die Bevölkerung der Schweiz wächst jedes Jahr um die Grösse der Stadt Luzern
- Parallel dazu steigen auch Mietpreise, Arbeitslosigkeit und Kriminalität
- Ausschliesslich Einwanderer sind für den Bevölkerungsanstieg verantwortlich

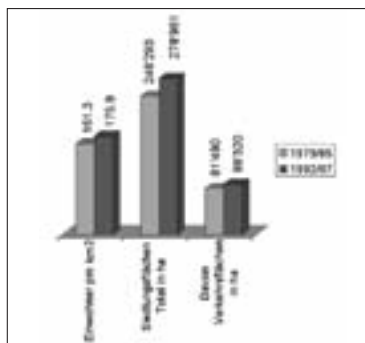
In der Tat leben in der Schweiz mehr Menschen pro km<sup>2</sup> zusammen als in manchen Entwicklungsländern. Und es werden jedes Jahr mehr. Migranten sind die Ursache, weshalb die Schweiz netto jedes Jahr um die 60 000 Personen wächst.

Menschen brauchen Energie, Wasser, Lebensmittel, Unterkunft, Boden, Arbeit. Sobald diese Ressourcen knapper werden oder durch mehr Personen geteilt werden müssen, findet unweigerlich ein Verdrängungskampf statt. Mal mehr, mal weniger, je nachdem, wie intelligent die Gesellschaft das Zusammenleben regelt. Aber er findet statt! Das Leben wird zwangsläufig jedes Jahr hektischer, teurer, rücksichtsloser und schneller.

Es muss gebaut werden: Wohnungen, Industrie, Strassen. Meist geht das auf Kosten von Agrarland und Natur. Die meisten Lebensmittel müssen wir darum importieren. Steigende Nachfrage verschlechtert das Angebot. Es gibt mehr Bewerber um einen Arbeitsplatz oder eine günstige Mietwohnung. Jene, die diesem Konkurrenzdruck nicht standhalten können, werden an den Rand der Gesellschaft geschoben. Viele neue unterschiedliche Kulturen und Wertvorstellungen entstehen, welche Forderungen durchsetzen wie Minarette und muslimische Friedhöfe. Ehemalige Chaoten sitzen gar im Nationalrat!

## 1. Ökonomische Auswirkungen

Lassen wir die Zahlen aus der offiziellen Statistik des Bundes spre-



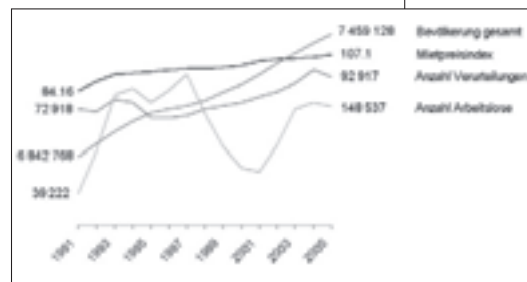
chen. Bevölkerungszunahme zwischen 1991 und 2006 = 616360 Personen! Der Landverbrauch für Wohnungen und Industrie dafür war enorm: 32 668 Hektaren wertvolles Agrarland wurden für immer zubetoniert. Das macht unser Land in Bezug auf Lebensmittel-Importe noch mehr vom Ausland abhängig und erpressbar.

## 2. Ökologische Konsequenzen

Auch ökologisch gesehen ist eine solche Bevölkerungsdichte eine Katastrophe. Der Mensch benötigt Platz, den er der Natur entzieht. Viele Tierarten sterben aus, weil ihnen so der Lebensraum genommen wird. Manchmal jedoch erobert sich die Natur diesen zurück. Flüsse beispielsweise, die begradigt wurden, um Land zu gewinnen, überfluten die Siedlungen wieder.

## 3. Wohnungsnot, Armut, Kriminalität

Jeder von uns kämpft um seinen Platz in der Gesellschaft, er braucht Wohnraum, Arbeit und andere Ressourcen. Um diesen Zusammenhang noch mehr zu verdeutlichen, werden in folgender Abbildung die Daten von Bevölkerungswachstum, Mietpreisen, Arbeitslosigkeit und Kriminalität gegenübergestellt. Im entsprechenden Massstab dargestellt belegt dies die eindeutige Tendenz. Sie steigt überall, teilweise fast parallel, nach oben!



Da viel gebaut wurde, hat sich das auf die Mietpreise relativ positiv ausgewirkt. Ebenso werden ausgesteuerte Personen nicht mehr als Arbeitslose erfasst. Deshalb ist die Statistik noch optimistisch dargestellt.

## 4. Schweiz bald mit neuer Staatsreligion?

Die Schweiz ist multikultureller geworden. Viele von diesen Einwanderern sind mittlerweile eingebürgert worden und gestalten so unser Land neu. Im Kanton Luzern sitzt der ehemalige Asylbe-

werber Lathran Sutaralingam (SP) im Grossen Rat. In den Nationalrat eingezogen ist zum Beispiel auch der farbige Ricardo Lumengo (SP/BE). Und diese wurden nicht zuletzt von eingebürgerten Migranten gewählt. Sie sind geprägt durch eigene Wertevorstellungen, welche nicht unbedingt helvetische Wurzeln haben müssen. Das zeigt sich beispielsweise bei Doppelbürgern, die sich trotz Schweizer Bürgerrecht nicht für unser Land entscheiden wollen (so gewisse Fussballer!).

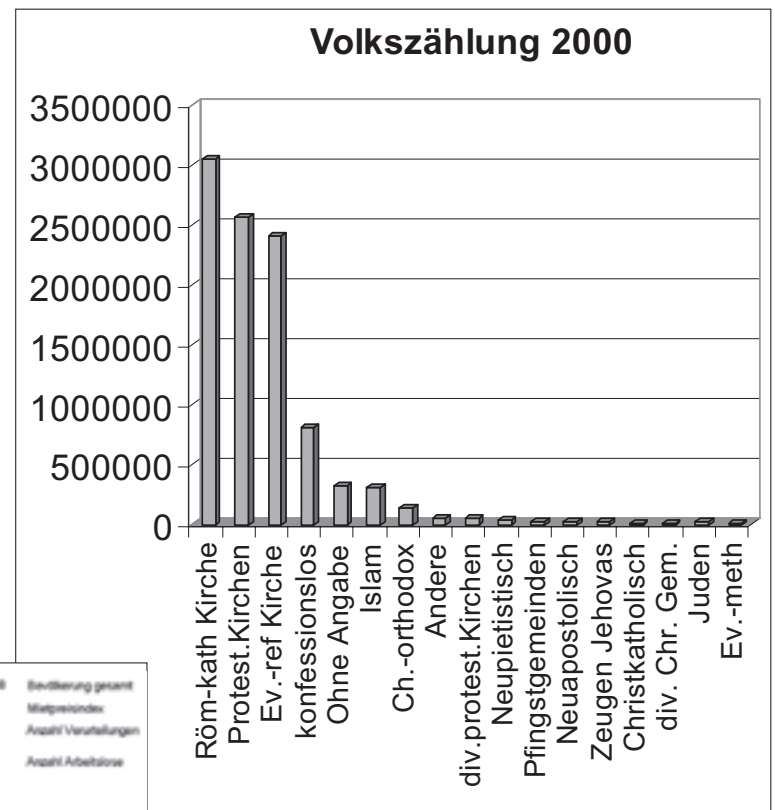
Wenn politische Meinungen zu sehr auseinandergehen, droht die Blockade oder gar der Zusammen-

bruch der Schweiz entsteht. Wir zählen alle Ein- und Auswanderungsbewegungen von Schweizern und Ausländern sowie alle Geburten, Todesfälle und berücksichtigen dabei die Einbürgerungen.

(Siehe Statistiken Seite 7)

## Gesamtzahlen der Wanderungsbewegungen 1991 bis 2006

Die Aussagen sind eindeutig: Seit 1991 sind ausschliesslich Migranten für den Bevölkerungsanstieg verantwortlich, währenddessen die einheimische Bevölkerung sogar zurückgeht. Dabei wäre genau ein



bruch (siehe Ex-Jugoslawien). Gerade Einbürgerungen haben weit reichende

politische Konsequenzen. Das Schweizer Bürgerrecht sollte deshalb unbedingt auf politischem Weg erteilt werden und darf zu keinem faktischen Verwaltungsakt degradiert werden, wie es das Bundesgericht wünscht.

Wie verschieden die Glaubenssichten in der Schweiz bereits sind, erläutert eine Grafik der Volkszählung aus dem Jahr 2000.

## 5. Einwanderung als Ursache

In den beiden nächsten Abbildungen sehen wir eine Übersicht, wodurch der Bevölkerungszuwachs in

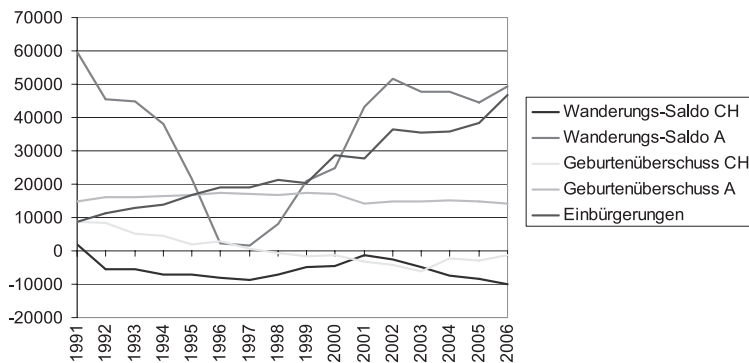
Bevölkerungsrückgang der Weg um sehr viele Probleme in unserem Land zu entschärfen.

## 6. Die Profiteure der Einwanderung

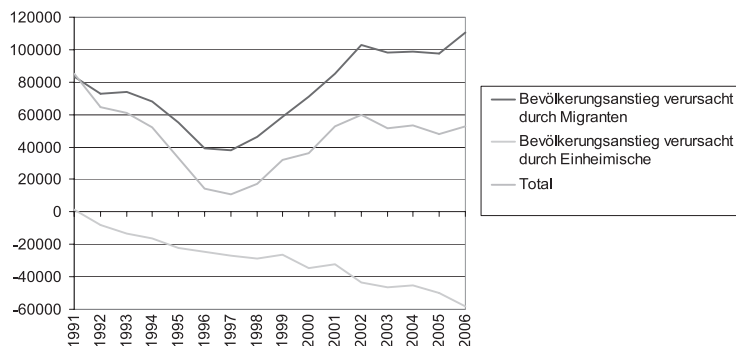
Die Bevölkerungszahl liesse sich auf einfache Weise reduzieren, indem die Einwanderung restriktiv kontingentiert würde. Stattdessen geschieht genau das Gegenteil (z.B. EU-Personenfreizügigkeit).

Es gibt noch zu viele Mächtige, die von der Einwanderung profitieren. Die Wirtschaft erhofft sich billige Arbeitskräfte. Und wenn diese dann einmal hier leben und später nicht mehr so billig sind, holt man die Arbeitskräfte noch weiter ostwärts oder Richtung Afrika, damit

## Gesamtzahlen der Wanderungsbewegungen 1991 bis 2006



## Bereinigte Statistik zu den Ursachen des Bevölkerungsanstieges



die Abzocker in den oberen Etagen die so gewonnenen Profite einstreichen können. Im Nationalrat sitzen ihre Vertreter, so dass es so bleibt!

Manchmal rufen die Wirtschaftsvertreter aber auch nach höher qualifizierten Arbeitskräften und begründen so die Einwanderung. Aus eigener Erfahrung weiss ich aber, dass es in der Schweiz genug talentierte Arbeitskräfte gibt. Sie werden nur nicht gefördert, das ist alles.

Auch die ganze Asylindustrie rund um die Hilfswerke profitiert von der Einwanderung. Jeder Einwanderer bedeutet Geldzuschüsse vom Staat. Mit Spenden alleine liess sich die Infrastruktur von Heimen,

Dolmetschern und Anwälten kaum finanzieren. Auch diese «Industrie» hat ihre Lobby in Bern.

Dann existiert immer noch die irri-ge Meinung, man brauche junge Einwanderer, um die AHV zu finanzieren. Aber auch Einwanderer werden irgendwann mal alt und müssen dann durch noch viel mehr Einwanderer refinanziert werden. Somit hätten wir ein Schnellballsystem geschaffen, auf Kosten der nächsten Generation! Die Ursache des Finanzierungsdefizits der AHV ist die immer höhere Lebenserwartung der Rentner, und nicht weil es zu wenig junge Menschen gibt.

*Markus Zimmermann-Tanner, Fernsehetelektiker, Horw*

### Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

## Korrigenda

zum Aufsatz «Was unsere Leser in Zeiten der Krise interessiert!» in «Schweizer Demokrat» Nr. 4/5 2009 – Seite 11

Irrtümlicherweise haben wir dort den Nominalwert einer Nationalbank-Aktie mit Fr. 500.– angegeben. Das ist nicht richtig. Der Nominalwert dieser Aktien beträgt Fr. 250.–. Bei einem aktuellen Börsenwert von zirka Fr. 950.– wird die Aktie mit Fr. 15.– p.a. verzinst. Das sind also rund 1,5% des derzeitigen Verkehrswertes.

Wer solche Aktien besitzt (erwirbt) muss dies also aus andern Gründen als wegen des Ertrages tun.

Wir entschuldigen uns für unsere Fehlinformation und bitten um Kenntnisnahme.

*Die Redaktion*

## Spendenbarometer

Liebe Mitglieder und Sympathisanten

Ziel:  
75 000

In der vergangenen Ausgabe mussten wir Sie leider darüber informieren, dass in unserer Zentralkasse ein finanzielles Loch von über 75 000 Franken klafft. Dank vieler kleiner und einiger grosser Spenden konnte der Fehlbetrag Ende Mai 2009 bereits auf 60 000 Franken verringert werden. Damit sind wir aber weiterhin längst nicht über dem Berg. Wir appellieren deshalb nochmals an Sie

- eine **freiwillige Spende** nach freiem Ermessen zu entrichten
- den **Abonnementsbeitrag 2009 von Fr. 45.–** zu begleichen (Stichwort: Abo 09)
- ein **Förderabonnement von Fr. 70.–** für das laufende Jahr zu finanzieren (Stichwort: Förderabo 09)
- ein **Geschenkabonnement von Fr. 45.–** zu übernehmen



Um Portokosten zu sparen, legen wir dieser Ausgabe keinen Einzahlungsschein bei, bitten Sie aber, entweder den soeben mit besonderer Post zugestellten SD-Einzahlungsschein zu verwenden oder aber uns eine wertvolle Gabe auf unsere SD-Zentralkasse 80-2270-0, Killwangen, zukommen zu lassen. Ihre Spende – ob gross oder klein – ist äusserst willkommen und hilft uns, unseren Kampf für Volk und Vaterland mit etwas weniger Finanzsorgen weiterzuführen.

Mit freundeidgenössischem Gruss

<i>Ueli Brasser</i>	<i>Markus Borner</i>	<i>Bernhard Hess</i>
<i>Gemeinderat Zürich</i>	<i>e. Grossrat Basel</i>	<i>e. Nationalrat BE</i>
<i>Zentralpräsident</i>	<i>Vizezentralpräsident</i>	<i>Zentralsekretär</i>

**SD**   
Schweizer Demokraten

[www.schweizerdemokraten.ch](http://www.schweizerdemokraten.ch)



*Patriotismus hiess der sympathische Sieger an der Eishockey-WM 2009 in Bern und Kloten. Dies galt für alle teilnehmenden Nationen.*

## SD-Marktplatz

**Suchen Sie etwas?** (ein Handögelein oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie uns Ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese **Kleininserate** erscheinen max. 2-mal im «Schweizer Demokrat» und sind für die SD-Familie **gratis**. Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktaufnahme die **Telefonnummer** des/der Auftraggebers/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail). Bei ganz persönlichen Dingen ist ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In diesem Fall bitte Ihrer Briefsendung an uns Fr. 10.– (Note) beilegen. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

**Kontaktadresse:** SD-Marktplatz, Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15  
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt möglich auf

[www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch)

### Wer sucht, der findet!

#### ZU VERKAUFEN:

**Gartenwerkzeug**, 10-teilig, sehr guter Zustand, Fr. 50.–

**Verschiedenes:** 1 Kinder-Velo ab 2 Jahren, 1 Knaben-Velo ab 4 Jahren, 1 Touren-Velo, rot, alles in gutem Zustand, zusammen Fr. 30.–, 4 Stück Elektro-König-Grill und Bratofen-Grill, 1 Nähmaschine «Elna», im Koffer, 1 Kindervelositz (neu), 1 Rasenmäher, nur zwei Betriebsstunden, 1 Rasentrimmer mit Accu, fast neu, 1 Rasentrimmer, elektrisch, 2 Vogelkäfige, Höhe 80 cm, Breite 58 cm, Tiefe 40 cm, Zweiter etwas weniger hoch. Mehrere Küchengeräte wie Mixer usw., neuwertig. Region Luzern. Fridolin Luchsinger, Rubistrasse, nahe Vitznauerhof, 6354 Vitznau, **Telefon/Fax 041 397 01 88**

#### ZU VERKAUFEN/VERMIETEN:

**Wohnwagen**, 4 Schlafplätze – mit Vorbau, winterisoliert, an schönster Lage **am Lauerzersee**, 2 Minuten vom Strandbad. Guter Zustand. Auch interessant für Marktfahrer. Ferner suchen wir Interessenten für Schlauchboot und Alu-Boot. Region Luzern; Fridolin Luchsinger, 6354 Vitznau, **Telefon/Fax 041 397 01 88**

#### GESUCHT:

Kaufe von Privat **altes Spielzeug vor 1970** (Eisenbahnen, Blechautos, Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten, usw.). Auch **alte Ansichtskarten vor 1950** und **alte Emailleschilder**. Stadt Zürich. **Telefon 079 643 55 63**

Gesucht – günstig oder gratis: **Fotos, Ansichtskarten, Prospekte**, mit Abbildungen von Menschen, Objekten, Gebäuden, Landschaften usw. für den Abdruck im «Schweizer Demokrat» (Bebilderung von Artikeln). Kontaktadresse: SD-Sekretariat in Bern. **Telefon 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11**  
[schweizer-demokraten@bluewin.ch](mailto:schweizer-demokraten@bluewin.ch)

#### ALLERLEI – NUOVO, NUOVO:

**I Democratici Svizzeri sbarcano in Ticino.** Se sei interessato a collaborare a questa interessante iniziativa... scrivimi o telefonami... aspetto una tua chiamata. **Riccardo Valsangiacomo, cp 292, 6834 Morbio Inferiore, ric.valsa@sunrise.ch, Telefono 076 595 21 53**

#### STELLENSUCHE:

Hausmann (46) und Papi, mit Handelsdiplom und mehreren Jahren Erfahrung in der Pflege in APH, sucht **in Basel oder Umgebung** eine **Teilzeitstelle** (max. 40%, vorzugsweise morgens). Dies kann auch eine Tätigkeit ausserhalb der Pflege sein. Ab sofort disponibel. Ich bin vielseitig, zuverlässig und gewissenhaft. **Telefon 061 601 75 12**  
[helfer.pfirter@hispeed.ch](mailto:helfer.pfirter@hispeed.ch)

**CH/ZH, 52, suche Arbeit** als Lagerist, Magaziner, Druckereiarbeiter, Hilfsschreiner, Maschinist, Wächter, Zeitungsverträger. Vollzeit oder Teilzeit möglich; Fr. 3000.– monatlich oder Fr. 20.– pro Stunde. In der Probezeit nach Absprache. **Telefon 076 436 95 09**

Gelernter, berufserfahrener **Schlosser**, 51, sucht neues Wirkungsfeld in Basel oder Umgebung. Auch als Monteur angenehm. **Telefon 079 446 83 45**

#### DIENTSTLEISTUNGEN:

**Med. Fusspflege:** 25-jährige Erfahrung, Öffnungszeiten Montag bis Freitag, durchgehend 9 bis 17 Uhr. Verena Walser Gesundheitspraxis, St. Alban-Talstr. 19, Tramhalt mit 3er St. Alban Tor, 4052 Basel, **Telefon 061 312 70 40**  
[www.kosmetik-walser.ch](http://www.kosmetik-walser.ch)

#### BEKANNTSCHAFTEN:

**Berner mit Bart**, 184/84, 50plus, sucht Schweizerin: 25–50, mit Pepp und Humor; Freude am Leben; Reisen und Arbeit. Hobbies: Garten, Schwimmen, Sauna. Freue mich auf Deinen Anruf. Region Bern. **Telefon 078 814 51 23**

#### REISEN/WANDERN/FREIZEIT:

**Ich spiele Saxofon und suche Akkordeonistin** zum gemeinsamen Üben und für kleine Auftritte. Bin Glarnerin. Es würde mich freuen, wenn sich jemand meldet. **Natel 077 401 26 36**

Lebe seit 1 Jahr im Tessin und **suche Gleichgesinnte zwecks Freizeitgestaltung**. Ich, 44, m, mobil mit Auto und Töff. Hobbies: Frische Luft, Velo/Spazieren, Tauchen, Billard, Dart, Motorrad-Touren, Wassersport. Ich freue mich auf Euch, bis bald. **E-Mail: mac1claude@yahoo.de**

**SD-Pensionierte, die gerne wandern (ganze Schweiz).**

Später eventuell Gründung einer Wandergruppe. Wer macht mit? Aus der Region Berner-Oberland **Telefon 033 951 36 74**

#### AUSSTELLUNGSHINWEIS:

**Verdingkinder in der Schweiz**

Im 19. und 20. Jahrhundert wurden in der Schweiz hundertausende Kinder fremdplatziert und viele davon verdingt. Diese wuchsen nicht bei ihren Eltern auf und mussten für ihren Lebensunterhalt bereits im Kindesalter arbeiten.

Die Aktionsgemeinschaft [www.verdingkinder.ch](http://www.verdingkinder.ch) und [www.verdingkinderreden.ch](http://www.verdingkinderreden.ch) hat sich zum Ziel gesetzt, dieses noch kaum berücksichtigte Stück Schweizer Geschichte wissenschaftlich aufzuarbeiten. Dies beinhaltet sowohl die Sicht der Betroffenen – der ehemaligen Verdingkinder – als auch die Sicht der Entscheidungsträger – der Behörden und Eltern.

Ab dem 26. März bis 27. Juni 2009 präsentiert der «**Käfigturm**» an der Marktgasse 67 in Bern hierzu eine sehr informative permanente Ausstellung. An mehreren Abenden werden **Diskussionen und Lesungen**, so z.B. mit Arthur Honegger, Betroffener, Journalist, durchgeführt.

**Käfigturm: Ein Politforum des Bundes, Tel. 031 322 70 07.**

**SD** 

Schweizer Demokraten

### Bundesbern verwöhnt Ausländer in der Schweiz und lässt Schweizer im Ausland im Stich

Ein Schweizer gründet in den USA eine Existenz. Plötzlich wird er von Wirtschaftskriminellen und korrupter Polizei bedroht, diffamiert, ausgeplündert und in den Konkurs getrieben. Weder US-Instanzen noch Schweizer Diplomaten gewähren ihm Rechtsschutz. Gesundheitlich angeschlagen und bankrott muss er am Ende das Land verlassen. Diese beedigte, wahre Erzählung pointiert die bizarre Rechtsunsicherheit für Ausländer in Amerika.

Harry Burger, «Im Schatten der US-Mafia» – 164 Seiten, [www.bod.de](http://www.bod.de) – ISBN 9783833436765



### SD-Motorrad- und Cabrio-Club Schweiz

<b>Anmeldung</b>	<b>Beiträge 2009</b>
SD-MCC / Schweiz	Aktiv Fr. 50.–
z.H. Roland Schöni	Passiv Fr. 30.–
Postfach 108	Cabrio Fr. 50.–
3806 Bönigen	
Mobil: 076 355 90 95	
@-Post: <a href="mailto:r.schoeni@sunrise.ch">r.schoeni@sunrise.ch</a>	<b>SD-MCC</b>

### jsd-nordwestschweiz.ch

Immer am 1. und 3. Montag des Monats, Stamm ab 20 Uhr im Restaurant Rütli, Gerberstr. 2 in Liestal. Wir sind alles Junge! Auf unserem Tisch liegen jeweils SD-Flyer.



## Erfolgreiche SD-DV in Reinach

Die Schweizer Demokraten (SD) durften die diesjährige eidgenössische Delegiertenversammlung im aargauischen Reinach, das seit Jahrzehnten als SD-Hochburg gilt, abhalten. Der «frischgebackene» Reinacher SD-Grossrat (und Kantonalpräsident) **René Kunz** eröffnete die DV und wies in seinem Kurzreferat darauf hin, dass die SD im Bezirk Kulm regelmässig und problemlos bei Wahlen die 5-Prozent-Hürde überschreitet. Als Erfolgsmeldung durfte er insbesondere auch auf den kürzlichen zweifachen SD-Sitzgewinn im Aargauer Grossen Rat hinweisen.



mehrt ökologische Themen ins Zentrum der SD-Politik rücken sollten.

Anlässlich der Wahlen wurde der amtierende Zentralpräsident, Gemeinderat **Ueli Brassler**, Zürich, bei nur einer Gegenstimme glanzvoll wiedergewählt. Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten **Markus Borner**, Basel, gab es sogar eine 100-prozentige Zustimmung, was dieser mit einem humorvollen Einwand kommentierte: «Diese Ergebnisse fallen ja fast wie in der

ehemaligen DDR aus!» Auch der Romand **Michel Dupont**, Pully, schaffte die Wahl souverän, bei nur einer Gegenstimme, wiederum glanzvoll. Auch sämtliche übrigen ZV-Mitglieder wurden wiedergewählt.

Die beiden Innerschweizer **Karl Arnold** aus Unterägeri und **Erwin Lötscher** aus Willisau wurden für ihre jahrelange, überaus fleissige, Unterschriftensammeltätigkeit einstimmig zu SD-Ehrenmitgliedern ernannt.

Im Anschluss an den statutarischen Teil hielt der Präsident der Jungen SD-Nordwestschweiz **Marco Schällmann** einen erfrischenden Vortrag, der auch altgedienten SD-Kämpfern wieder Mut machte, weiterhin für Volk und Vaterland einzustehen.



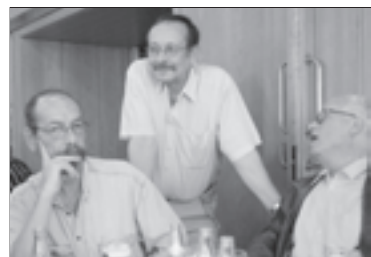
Als Hauptreferent zog am Nachmittag das Vorstandsmitglied der Vereinigung «ECO-POP» **Markus Zimmermann** die Versammelten seinen Bann. In seiner eindrückli-



chen Art referierte er zum Thema «Tragfähigkeit der Erde?». Einmal mehr wurde allen anwesenden SD-Delegierten in Erinnerung gerufen, dass Umweltschutz ohne Einbezug der Bevölkerungsfrage schlicht undenkbar ist.

*Bernhard Hess, e. Nationalrat, SD-Geschäftsführer*

Weitere DV-Berichte Seite 10/11



Anstelle des erkrankten Zentralpräsidenten Ueli Brassler führte der erste Vizepräsident **Markus Borner** die Versammlung. Sein Jahresbericht wurde mit viel Zustimmung zur Kenntnis genommen, auch wenn insbesondere der ehemalige NA-Nationalrat **Dr. Jean-Jacques Hegg** von der Parteileitung und der Basis forderte, dass wieder ver-



### **Kanton Basel-Land**

## Wie habe ich mich als Gast in meinem Gastland zu benehmen?

### Benimmkurse für Migrantinnen und Migranten

Eigene Erlebnisse; in Medien und Mails von besorgten Bürgern; es ist eine Katastrophe was hier passiert: Ausländer in Raserunfall involviert, Ausländer in Schlägerei involviert, Ausländer drohen ihren Lehrern. Was soll das? Wir Schweizer verbringen zirka 14 Tage unserer Ferien im Ausland und passen uns an, obwohl wir nicht auswandern möchten. Sind wir ein Einzelfall?



*John Stämpfli, SD-Landrat*

verlange ich Benimmkurse für auffällige Migrantinnen und Migranten. Diese Kurse gelten als obligatorisch. In diesen Kursen sollen nicht nur Schweizer Werte vermittelt werden, sondern auch die Integrationsbereitschaft gegenüber der Schweizer Bevölkerung gesteigert werden.

Die Regierung wird hiermit beauftragt, schnellstmöglich eine Gesetzesgrundlage für solche Kurse zu schaffen. Über die zeitliche Länge dieser Kurse wird nach Ausarbeitung der Grundlage befunden.

PS: Dieser Vorstoss wurde am 12. März im Baselbieter Landrat eingereicht. Wie geht es weiter? Wir werden berichten...

### **Kanton Aargau**

### Eidg. Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr»

## SD Aargau unterstützen Volksbegehren

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau unterstützen das vom Verkehrsclub der Schweiz (VCS) lancierte Volksbegehren für die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Dieses Volksbegehren findet bei den SD auch deshalb Unterstützung, weil gut die Hälfte der Luftbelastung (Tendenz steigend) dem Strassenverkehr zugeschrieben wird. Die Verkehrsdichte

wird in den kommenden Jahren ein dramatisches Ausmass – zum Nachteil von Mensch, Landschaft und Umwelt – annehmen. Um diesen Verkehrskollaps zu verhindern, muss die nötige Infrastruktur für die Förderung des öffentlichen Verkehrs so schnell als nur möglich aufgegleist werden.

*SD Kanton Aargau, René Kunz, Grossrat*

# Der Jugend gehört die Zukunft!

Einige kritische Punkte unserer Gesellschaft aus der Sicht eines Jugendlichen.

## Die Macht der Linken

Die Tatsache, dass männliche Kriegsführung im 20. Jahrhundert das Leben von Millionen von Menschen forderte, ist für die linken Gleichmacher und Emanzen Grund genug, endlich die Macht für sich zu beanspruchen.

Disziplin, Autorität, Tradition und Verantwortungsbewusstsein sollen der Vergangenheit angehören. Friede und Verständnis sind nunmehr an der Tagesordnung! Verständnis für Verbrecher, Vergewaltiger, Kinderschänder und Mörder! «Sie können ja nichts dafür, denn sie hatten eine schlechte Kindheit; ihr Umfeld hat sie so gemacht», lauten die verständnisvollen Erklärungsversuche. Es folgt die Antiautorität; Grenzen werden geöffnet und Tabus gebrochen, eine schöne Welt, die der Jugend als Erbe zufällt...

## Verlust der Familie

Die Aufgabe der Familie wird je länger je mehr alleine darauf beschränkt, dem Staate neue Steuerzahler zu garantieren. Die Erziehung nimmt der Staat, so zukünftig er ist, selbst in die «Hand».

Die Weitergabe von Werten und Anstand, früher wichtige Teile der elterlichen Erziehung, verlieren bei der heutigen Pseudoerziehung des Staates durch Kinderhorte und Schulen an Bedeutung.

Wichtig sei Freiheit und Selbstverwirklichung des Individuums. Ja nicht zu viele Grenzen; Regeln und Autorität; damit sich der Mensch auch frei entwickeln kann!

## Beziehungsfähigkeit

Dass immer mehr Menschen beziehungsunfähig sind, verwundert nicht, wenn man bedenkt, dass das für Beziehungen nötige Urvertrauen in der kaum noch vorhandenen traditionellen Familie vermittelt wird.

Dass praktisch jede zweite Ehe heute geschieden wird, kommt auch nicht von ungefähr. Menschen vereinsamen und Depressionen machen sich breit. Alkohol und Drogen werden schon im Jugendalter zu einem grossen und ernst zu nehmenden Problem.

## Überrissene Feminisierung

Wir stehen also vor einer grossen Herausforderung. Dass der Jugend die Zukunft gehört, ist wohl für alle verständlich. Doch wo wird die Schweiz in den Händen von einer Jugend ohne autoritäre Vorbilder, ohne Tabus, ohne Verantwortungs-



Marco Schällmann,  
Präsident JSD-Nordwestschweiz

bewusstsein und ohne Werte letztlich enden?

In den links-grünen Schulen suchen die Jugendlichen vergeblich nach starken Vorbildern. Statt die Schüler auf das Leben vorzubereiten, streitet sich die Lehrerschaft lieber darum, ob es jetzt Lehrer- oder LehrerINNENZimmer heissen sollte.

Die übermässige Feminisierung von ehemals männlichen Berufen und Aufgaben führten dazu, dass Männer die Flucht ergriffen. Deutlich sieht man diesen Wandel in der Politik und eindeutig beim Lehrerberuf. Einige sind unter dieser emanzipierten Dominanz zusammengebrochen, wurden rückgratlos oder homosexuell.

## Eine starke Jugend, die einzige Hoffnung

Um die Schweiz als freien und unabhängigen Staat zu erhalten, benötigen wir eine starke Jugend, die traditionelle Werte vertritt – an die Öffentlichkeit trägt und weiter gibt.

Ansetzen muss man dabei einerseits bei den Jugendlichen selbst, andererseits am Schulsystem und ganz wichtig – an der Erziehungs- und Familienpolitik!

Für eine nachhaltige Familienpolitik setzen sich die Schweizer Demokraten schon seit Jahren ein, doch um direkt an die Jugendlichen zu gelangen und diese zu überzeugen, braucht es ebenfalls Jugendliche...

Dies haben auch die Schweizer Demokraten erkannt und unterstützen seit 1973 eine eigene Jungpartei, die Jungen Schweizer Demokraten, als deren Vertreter ich heute vor Ihnen stehen darf. Seit dem vergangenen letzten Jahr steht an deren Spitze eine neue, aktive Parteileitung, welche auch und gerade in den heutigen Tagen auf Ihre Unterstützung angewiesen ist, um die vorgängig erwähnten Punkte doch noch zum Positiven zu wenden!

*Leicht gekürztes Referat  
anlässlich der SD-DV in Reinach*

# Wir leben auf zu grossem Fuss!

**Obiger Titel ist eine der Kernaussagen, welche der Vertreter der ECO-POP, Markus Zimmermann, El. Ing. HTL, in seinem tiefgründigen Vortrag zum Thema «Tragfähigkeit der Erde?» zur Diskussion stellte. Ohne zu übertreiben – dieser aufgrund mehrerer wissenschaftlicher Arbeiten präsentierte absolut sachliche Vortrag brachte die Zuhörer wahrlich zum Nachdenken (Das obige «Wir» trifft übrigens nicht auf alle SD-Leser/innen zu!).**

Solche Thesen «hört» man leider nur ganz selten und dies hat auch Gründe (z.B. die Geld- und Machtgier gewisser Menschen, die solches Denken und Handeln unterbinden – die Red.). Allgemein wollen Politiker wiedergewählt werden! Der Grossteil der Politiker plant aber höchstens für vier Jahre in die Zukunft... bis zur nächsten (Wieder)-Wahl! Das Lösen unangenehmer Probleme, was eben auch Wählerstimmen kosten könnte,

nehmen die meisten Politiker lieber nicht in die Hand.

Und was bedeutet Nachhaltigkeit? Die Definition der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission) lautet wie folgt:

**«Eine Entwicklung ist nachhaltig, wenn sie**

- 1. die Bedürfnisse der heutigen Generation zu decken vermag ohne für künftige Generationen die Möglichkeiten zu schmälern, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken, und dabei**
- 2. die Artenvielfalt der Pflanzen- und Tierwelt bewahrt wird.»**

Der Wirtschaftswissenschaftler, Prof. Dr. Christoph Binswanger, präzierte obige Thesen noch etwas verständlicher:

**«Nichternewerbare Ressourcen werden dann nachhaltig genutzt, wenn deren Nutzung so vermindert wird, dass sie nie ausgehen»,**

z.B. bei 100-jährigem Vorrat müsste die Verringerung des jährlichen Verbrauchs jedes Jahr 1% des Vorjahresverbrauchs betragen.

Die heutige weltweite Entwicklung bezüglich Belastung der Umwelt und Ausplünderung der natürlichen Ressourcen geht leider stark in die entgegengesetzte Richtung! **Wachstum lautet die Devise der Mächtigen auf dem Planeten Erde!** Die Ausnahmen dieses «Denkens» lassen sich bildlich gesprochen an den Fingern einer Hand abzählen.

## Der Planet Erde ist nicht unendlich!

Blütenpflanzen, Moose und Tiere sterben weltweit in erschreckendem Ausmass aus oder sind vom Aussterben bedroht. Generell stellen wir fest:

- die Waldfläche geht zurück
- die Bodenerosion nimmt zu
- einst reiche Fischgründe sind leer gefischt

– die Grundwasserspiegel sinken  
– der Anstieg der globalen Temperaturen führt zu lokalen Klima- veränderungen und dem Rückgang der Gletscher und Polkappen und... und... und...

Die Münchner Rückversicherung schreibt dazu, dass ein weiteres Fortschreiten der vom Menschen verursachten Klimaveränderung fast zwangsläufig immer extremere Naturkatastrophen mit sich bringen werde; eine Trendwende ist nicht in Sicht!

Wir wissen, dass der Planet Erde durch zahlreiche «Übel» bedroht ist, doch kein Wissenschaftler kann exakt voraussagen, wann denn der Kollaps eintreten wird.

**Der Umweltökonom Prof. Mathis Wackernagel errechnete in einer wissenschaftlichen Arbeit, dass die Schweiz 5,6-fach überlastet ist!** Noch unsere Grosseltern erklärten uns, vor 50 Jahren, dass Boden, Luft und Meer **unendlich** seien(?).

In den letzten 200 Jahren hat sich aber die Weltbevölkerung ver-sechsfacht und in vielen Ländern ist die Umweltbelastung pro Kopf auf ein Mehrfaches angewachsen, so dass man von einer 20- bis 50-fachen Steigerung der weltweiten Umweltbelastung gegenüber derjenigen im Jahre 1800 ausgehen muss.

Eine weitere Studie vom Wirtschaftsprofessor Gonzague Pillet kommt zum Schluss, das bei unveränderter Lebensweise in der Schweiz nur 1 Million Menschen nachhaltig leben könnten. Das bedeutet also zurzeit eine siebenfache Überlast. Die Übereinstimmung der von den drei Studien ermittelten Überlast (5,6 – 7) ist bemerkenswert. Für die weiteren Überlegungen wollen wir den **Faktor 5,6** des unabhängigen Forschungs- und Beratungsbüros INFRAS verwenden. Damit wir in der Schweiz nachhaltig leben könnten, müssten wir unseren Ressourcenverbrauch 5,6-mal verkleinern.

Ist dies realistisch? **Nein!** Es sei denn, die Einwohnerzahl der Schweiz würde abnehmen. Da der Hauptteil unserer Umweltbelastung mit unserem Energieverbrauch identisch ist, wollen wir als Mass für eine mögliche Reduktion das Projekt der 2000-Watt-Gesellschaft der ETH-Zürich ([www.novatlantis.ch](http://www.novatlantis.ch)) verwenden. Die Projektverantwortlichen sind der Meinung, dass die heute pro Person durchschnittlich verbrauchten 6000 Watt könnten durch Sparen und effizientere Technologien bis ins Jahr 2050 auf 2000 Watt gesenkt werden. Das entspräche einem dreimal kleineren Energieverbrauch.

Dass dies sehr optimistisch gerechnet ist, möge folgendes Beispiel zeigen: 1990 wurde von Bundesrat Ogi das Programm «Energie 2000» gestartet. Das Hauptziel lautete: Der Verbrauch von fossiler Energie (Benzin, Öl) sollte bis zum Jahr 2000 auf dem Niveau von 1990 stabilisiert werden. Jetzt meldet das Bundesamt für Energie, dass der Verbrauch fossiler Energien von 1990 bis 2000 um 8,9% gestiegen sei. Das Programm hat also sein Ziel letztlich verfehlt. Dies aber vor allem, weil die Einwohnerzahl der Schweiz im gleichen Zeitraum um 6% zugenommen hat. Ohne Bevölkerungszunahme wäre das Ziel nahezu erreicht worden.

**Dies zeigt deutlich, dass Anstrengungen in Sachen Umweltschutz durch Bevölkerungswachstum zu nichte gemacht werden!**

### Wie kann die Bevölkerungszahl der Schweiz abnehmen?

Die Lösung heisst: **Langfristig denken und zukunftsfähig handeln.**

Unsere Reproduktionsziffer ist im Moment kleiner als 1,5 (d.h. durchschnittlich weniger als 1,5 Kinder pro Frau). Diese muss so lange so tief belassen werden, bis die Nachhaltigkeit erreicht ist. Das würde zirka 70 Jahre dauern, wenn gleichzeitig das Ziel der ETH der 2000-Watt-Gesellschaft erreicht würde. Demographische Änderungen brauchen eben Zeit!

Zusätzlich muss der **Wanderungssaldo Null** realisiert werden, d.h. Einwanderung = Auswanderung! Dies erfordert keine diskriminierende oder fremdenfeindliche Massnahmen. Jährlich verlassen zwischen 50 000 und 100 000 Personen die Schweiz. Wir könnten also selbst bei einem Wanderungssaldo Null unsere humanitären Verpflichtungen erfüllen und auch den Austausch von gewissen Fachkräften zulassen. (Das sogenannte Personenfreizügigkeitsabkommen mit den EU-Staaten torpediert natürlich solche Ziele! die Red.) Die Wirtschaft muss natürlich im Gleichschritt mit der Abnahme der Bevölkerung schrumpfen.

### Wie sieht es weltweit aus!

Prof. Mathis Wackernagel hat eine Messgrösse geschaffen, die es ermöglicht, den ökologischen Zustand der verschiedenen Länder miteinander zu vergleichen. Er schuf die **Messgrösse des ökologischen Fussabdrucks**. Je nach Lebensstandard und Lebensweise braucht jede Person eine gewisse Fläche für Nahrungsmittelproduktion, Güterproduktion, Wohnen, Mobilität, Entsorgung usw. Fast alle Ressourcen – und Abfallflüsse können in jene biologisch produktive Fläche umgerechnet werden, die es braucht, um sie aufrechtzuerhalten. So kann der ökologische Fussabdruck von einzelnen Personen bis hin zu einer Landes- oder gar Weltbevölkerung berechnet werden.

### Beispiele für den ökologischen Fussabdruck pro Kopf:

Schweizer	4,7 ha
US-Amerikaner	10,9 ha
Inder	1,0 ha

*Man sieht: hoher Konsum = grosser Fussabdruck  
niedriger Konsum = kleiner Fussabdruck*

### Wieviel Fläche steht pro Kopf real zur Verfügung?

Schweizer	1,9 ha
US-Amerikaner	6,7 ha
Inder	0,5 ha



*ECO-POP-Referent Markus Zimmermann weiss wovon er spricht!*

Die US-Amerikaner bräuchten ihren Konsum nur ein wenig einzuschränken und so ihren Fussabdruck auf 6,7 ha zu reduzieren und schon wäre Nachhaltigkeit möglich, denn es steht genügend Fläche zur Verfügung. Doch die USA rechnen mit einer weiteren Bevölkerungszunahme...

Bei der Schweiz zeigt sich auch nach dieser Berechnungsart, dass wir sowohl den Fussabdruck pro Kopf – als auch die Bevölkerungszahl verringern müssen – um ans Ziel der Nachhaltigkeit zu gelangen.

Ist der Fussabdruck eines Landes grösser, als die zur Verfügung stehende Fläche, gehört dieses Land zu den ökologischen Schuldern. Umgekehrt sind Länder mit einem kleineren Fussabdruck, als die zur Verfügung stehende Fläche, ökologische Gläubiger. Zu Letzteren gehören u.a. Kanada, Australien, Brasilien.

### Übervölkerung bringt weitere Probleme!

Der Referent wies u.a. auch darauf hin, dass Entwicklungshilfe nur dann Sinn macht, wenn in diesen Ländern der Familienplanung höchste Priorität beigemessen wird. Die meisten schweizerischen wie auch internationalen Hilfsorganisationen würden diesbezüglich passiv bleiben und der Bevölkerungsvermehrung tatenlos «zusehen». Der Referent legt auch dar, dass mit «Gewaltmassnahmen» (die ehemalige indische Regierungschefin Indira Gandhi lässt grüssen! – die Red.) langfristig keine niedrigeren Geburtenraten erreicht werden könnten. Die Familienplanung muss durch **Information und Aufklärung** vorangetrieben werden. Eine der wenigen Entwicklungshilfeorganisationen, welche diesen Weg beschreitet, sei die Hans-Haller-Stiftung, Hilfe für Brasilien. Herr Zimmermann lockerte seine überzeugenden Argumente auch immer wieder mit

«komprimierten» Zusammenfassungen des Wichtigsten in Versform auf. So etwa:

### Ode an Paracelsus

*Wär'n wir im Öko-Gleichgewicht,  
Umweltprobleme gäb' es nicht.  
Schon Paracelsus hat erkannt,  
Die Menge nur ist relevant.  
Die Öko-Balance ging verloren,  
denn das Produkt der zwei  
Faktoren:  
«Pro-Kopf-Verbrauch» und  
«Menschenzahl»  
Stieg viel zu stark, es ist fatal.  
Drum lasst uns Paracelsus ehren  
und diesen Wachstumstrend umkehren.*

Zum Schluss wurde die Diskussionsmöglichkeit von den Anwesenden sehr rege benützt. Auf die Frage eines Teilnehmers katholischen Glaubens – ob er denn aufgrund der Haltung des Papstes in der Verhütungsfrage aus der Kirche austreten müsste, antwortete der ECO-POP-Vertreter diplomatisch und richtungweisend: «Nein, jeder Katholik soll doch nach Rom schreiben und darlegen, dass das Präservativ nicht Leben tötet, sondern neues Leben verhindert!»

Der Referent erklärte zudem, dass er sehr gerne auch mal vor Mitgliedern der «Grünen» einen solchen Vortrag halten würde. «Offensichtlich werden in diesen Kreisen gewisse Zusammenhänge noch nicht erkannt!» (zustimmendes Nicken der anwesenden Zuhörer im Saal!). Zum Schluss dankte der «Moderator» der Diskussion dem Referenten mit der Überreichung eines Präsenzes und den Worten: «Aufgrund all dieser Ausführungen hat ein Jeder (die Damen sind hier selbstverständlich miteingeschlossen!) im Saal noch (überlebens-) wichtiges Wissen vermittelt bekommen!»

*B. O. Bachter*

ECO-POP wurde 1971 unter dem Namen «Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen» von besorgten Bürgern, darunter zahlreiche Wissenschaftler, gegründet. Ab 1987 trägt die Organisation den heutigen Namen «Association ECOlogie et POPulation», resp. Vereinigung «Umwelt und Bevölkerung». Diese Umweltorganisation ist parteipolitisch und konfessionell neutral. ECO-POP gibt regelmässig überzeugende Info-Drucksachen heraus und verfügt auch über eine Internetseite: [www.ecopop.ch](http://www.ecopop.ch).  
Unterlagen erhältlich bei:  
ECO-POP, Rebenstrasse 28,  
8416 Flaach, Tel. 052 301 33 14

# Die Israel-Lobby wird in der Schweiz aktiv!



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

Einleitend verweisen wir auf den im Schweizer Demokrat Nr. 6/2006 publizierten Artikel unseres Hans Spitz unter dem Titel «Israel im Zwielicht». Er hat dort die Situation im Palästina-Konflikt wohlwollend, aber ohne Beschönigungen beschrieben. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass die Besetzung arabischen Territoriums nun über 40 Jahre dauert. Vierzig Jahre Demütigung, Entrechtung, Quälung, Misshandlung der palästinensischen Bevölkerung; mit unzähligen Fällen von gezielten Tötungen, jahrelangen Gefangennahmen, Massen von unschuldigen, zufälligen Opfern und masslosen Racheakten der Israeli auf Beschiessungen mit den primitiven Kassam-Raketen. Primitive Raketen, gebaut von ohnmächtigen Palästinensern, die den neuesten Waffen, den modernsten Nachtsichtgeräten, den ferngesteuerten Raketen, den Kampffjets und Kampfhelikoptern der Israelis nichts entgegenzusetzen haben – ausser das eigene Leben (mit Selbstmordanschlägen).

Lächerlich gering sind die in Israel mit diesen Raketen angerichteten Schäden; völlig masslos die Racheakte der israelischen Armee. Als Beispiel diene der Libanon-Krieg von 2006.

Angeblich weil zwei israelische Soldaten, die sich im libanesischen Grenzraum aufhielten, entführt worden seien, riss Israel einen seit Mai 2000 vorbereiteten Krieg vom Zaun. Nach UNO und Amnesty International-Berichten flog die israelische Luftwaffe während 34 Kriegstagen über 7000 Angriffe gegen den Libanon. Dabei wurden 1191 Libanesen, meist Zivilisten getötet; ein Drittel davon Kinder. 4054 Personen wurden verletzt, eine Million Menschen in die Flucht getrieben. 80 Brücken, 94 Strassen, 900 Industriegebäude und 30 000 Wohnhäuser, Büros und Läden wurden zerstört. Human Rights Watch wirft der israelischen Armee vor, Streubomben gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt zu haben. Den Grossteil dieser Munition feuerte die israelische Armee in

den letzten beiden Kriegstagen ab. Noch heute können im Libanon weite Flächen nicht landwirtschaftlich genutzt werden, weil sie von Kanistermunition verseucht sind.

Karin Wenger, die mehrere Jahre in der Krisenregion lebte, zieht in ihrem Buch «Checkpoint Huwara» einen Vergleich zu dem, was im Gazastreifen abgeht und meint: (Zitat): «Ich kenne den Krieg aus dem Gazastreifen. Was dort passiert, ist so viel zerstörerischer als was im Norden Israels geschieht. Zwischen den Politikern und den Armeeführern gab es eine Art stille Übereinkunft: Macht, was immer ihr wollt, dort drüben, solange wir nichts davon erfahren; solange es irgendwie nützt und wir weniger Attentate haben, ist uns egal, wie viele Menschenrechte ihr brecht. So dachten die Politiker. So denken sie noch immer.

**Unser einziges Ziel ist es, die palästinensische Bevölkerung zu unterdrücken, ihr Leben, ihre Gedanken, ihre Gefühle mit Angst zu durchwirken, sie zu terrorisieren. Wie wir das machen, spielt keine Rolle.**

*Die Siedler sagen: Erez Israel, das gelobte Land gehört uns, so steht es geschrieben.»*

An dieser Stelle sind zwei authentische Aussagen israelischer Führungspersonlichkeiten in Erinnerung zu rufen:

**«Mir ist egal, was die US-Regierung verkündet; was im Pentagon und im Weissen Haus wirklich passiert – das bestimmen wir!»**

*Ariel Sharon 2005*

**«Amerika regiert die Welt – und wir regieren Amerika.»**

*Präsident Olmert 2008*

Tatsächlich war die Bush-Regierung schon Monate vor Ausbruch des Libanon-Krieges 2006 über alle Details des geplanten Feldzuges informiert, hatte aber nicht die Kraft, die Israelis zu bremsen. Nach dem Krieg entschuldigter Bush und Bolton (der US-Botschafter bei der UNO) die israelische Politik bedingungslos und auch der amerikanische Kongress und das Repräsentantenhaus hieszen die israelische Aktion gut, ja belobigten sie sogar. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass Präsident Bush am 16. Oktober 2004 ein neues Gesetz, den «Global Anti-Semitism Review Act» in Kraft gesetzt hat. Wer gegen dieses Gesetz verstösst, wird als «feindli-

cher Kämpfer», also ohne Anrecht auf ein rechtsstaatliches Gerichtsverfahren oder die Hilfe eines Anwaltes klassifiziert.

Von den dort aufgeführten Vergehen seien hier nur die sieben «unglaublichsten Tatbestände» aufgeführt.

1. Jegliche Behauptung, dass die jüdische Gemeinschaft die Regierung kontrolliere oder die Medien oder den Welthandel oder die Hochfinanz.
5. Jegliche Kritik an der Regierung der Vereinigten Staaten und des Kongresses, unter ungebührlichem Einfluss der Jüdischen Zionistischen Gesellschaft zu stehen, welche auch jüdische Organisationen wie die American-Israel Public Affairs Committee (AIPAC) beinhaltet.
7. Behauptungen, jüdische Führer und ihre Mitläufer hätten die Kreuzigung Christi angestiftet.
8. Zitierung jeglicher Fakten, die in jeglicher Art die Zahl «sechs Millionen» Holocaustopfer verringern würde.
11. Das Angebot, Beweise dafür zu liefern, dass Juden und ihre Führer den Kommunismus und die Bolschewistische Revolution in Russland auslösten.
13. Die Behauptung, dass Juden nicht das biblische Recht haben, Palästina wieder zu okkupieren.
14. Unterstellung von einer Mitwirkung des israelischen Geheimdienstes Mossad an den Anschlägen des 11. Septembers.

Dem freiheitlich denkenden Schweizer, dem Gedanken- und Redefreiheit heilig sind, ist ein solches Gesetz schlicht undenkbar. Aber – bekanntlich sind die USA in der «zivilisatorischen» Entwicklung immer einige Jahre voraus. Also: **«Hütet Euch am Morgarten!»**

## Die Analyse der Wirkung der Israel-Lobby auf die amerikanische Aussenpolitik

Die oben erwähnte Haltung der amerikanischen Politiker-Kaste ist als klarer Erfolg der Arbeit der Israel-Lobby zu werten.

Die Professoren John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt, beide Politik-Wissenschaftler, haben in einem 480 Seiten starken Buch die Beziehung USA-Israel untersucht. Im Klappentext des Buches lesen wir: (Zitat)

*Fraglos gibt es starke moralische Gründe, sich für die Existenz Israels einzusetzen. Die tragische Geschichte des jüdischen Volkes verpflichtet aber nicht zur uneingeschränkten Unterstützung Israels, schon gar nicht, wenn die politische Parteinahme den Interessen Amerikas zuwiderläuft – und auf lange Sicht auch Israel schadet.*

*Denn die einseitige und immer weniger nachvollziehbare Politik liefert Terroristen neue Legitimation, führt zur Instabilität in der Region und schadet dem Ansehen der Vereinigten Staaten in der Weltgemeinschaft.*

*Die Autoren fordern eine objektive Debatte über die Politik Israels. Dass sie dafür wütend angegriffen werden, bekräftigt ihre Thesen. ... Sie belegen ihre Thesen unter anderem anhand der aktuellen US-Politik gegenüber Syrien und dem Iran oder anhand des Einsatzes im Irak. ... Solange kein zivilisiertes Gespräch über Interessen und politische Einflussfaktoren möglich ist, können die komplexen, politischen Konflikte im Nahen Osten nicht gelöst werden.*

## Soll auch die Schweiz auf diese Linie gezwungen werden?

**Nationalrat Christian Waber (EDU) hat zur Gründung einer parlamentarischen Gruppe Schweiz-Israel aufgerufen. Diese Gruppe soll dafür sorgen, dass kritische Stimmen zur israelischen Politik auch in unserem Lande unterdrückt werden. Angeblich sei ein Gegengewicht zur veröffentlichten Meinung zur israelischen Politik zu schaffen.**

Diese Zielsetzung ist erstaunlich, bedenkt man, wie schon die Kommission des Prof. Georg Kreis dafür sorgt, dass jegliche kritische Meinungsäusserung zur israelischen Politik zu Rassismus-Verdächtigungen führt.

Es lohnt sich, die Argumente und Absichten des Initiators Christian Waber für diese Lobbygruppe kurz anzuführen:

Israel ist für ihn der manifeste Beweis dafür, dass Gottes Plan in Erfüllung geht.

**Wir (d.h. wohl die Lobbygruppe) sind mit der offiziellen Nahostpolitik überhaupt nicht einverstanden. Die «neutrale Haltung» baeue zu sehr auf Unwahrheiten auf. Zum Beispiel auf der Meinung, Israel sei schuld am Unglück der Palästinenser.**



## Accords bilatéraux

La Suisse est en récession, le chômage explose, le MCG demande l'application de la clause d'urgence

Ce jour le Mouvement Citoyens Genevois a déposé une résolution ou l'urgence sera demandée demain à la séance plénière du Grand Conseil:

### Proposition de résolution

#### Accords bilatéraux, application de l'article 10

Le grand conseil de la République et canton de Genève considérant:

– La crise économique mondiale qui a eu pour conséquence de faire entrer la Suisse en récession.

– Que le taux de chômage explose en Suisse et particulièrement à Genève.

– Que la France affiche plus de 2,8 millions de chômeurs.

– Que les accords bilatéraux prévoient que la Suisse puisse limiter le nombre de migrant en provenance de la CEE.

– Que le délai de notification d'une clause d'urgence est au 31 mai 2009.

### Invite le Conseil d'Etat

– A faire état de la volonté du Parlement genevois au Conseil fédéral de faire appliquer la limitation du nombre de migrants des pays européens, conformément à l'article 10 [1] des accords bilatéraux, afin de prolonger cette limitation jusqu'en 2011.

### Exposé des motifs

*Mesdames et Messieurs les députés*

La situation économique internationale est extrêmement inquiétante. La Suisse est officiellement entrée en période de récession économique. La Banque Nationale Suisse est très pessimiste pour les 24 prochains mois sur une hypothétique reprise économique.

Les pays qui entourent la Suisse et

notamment Genève ont connu la plus forte progression de chômage depuis les 30 dernières années. Pour ne parler que de la France, elle a atteint le mois dernier le chiffre record de plus de 2 800 000 chômeurs.

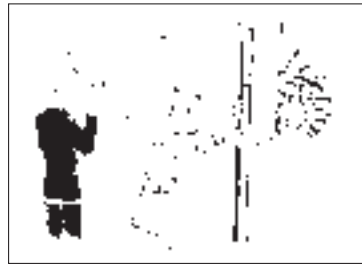
La Suisse et Genève en particulier ne sont pas armés pour faire face à un tel flux de migrants en provenance de l'Union européenne dans ces périodes de récession.

Il appartient dès lors au Conseil fédéral de faire appliquer l'article 10 des accords bilatéraux régissant le cadre de la libre circulation des personnes.

L'article 10al 4a) prévoit «*en cas de perturbation grave de menaces de perturbation grave de son marché de l'emploi, la Suisse et chacun des nouveaux états membres qui appliquaient des mesures transitoires notifient ses circonstances au comité mixte pour le 31 mai 2009.*» Ce qui veut dire en terme plus clair que la Suisse peut faire prolonger la limitation des migrants en provenance de l'Union européenne jusqu'en 2011.

Raison pour laquelle et vu que cela dépend uniquement de la compétence du Conseil fédéral, nous déposons la présente résolution pour faire entendre la voix des Genevois auprès du Conseil fédéral et les conforter dans une décision difficile à prendre; prolonger la limitation des flux migratoires jusqu'en 2011 pour le bien du Peuple suisse.

Restant convaincu que les partis représentés au sein du Grand Conseil genevois seront faire preuve de bon sens, nous vous invitons Mesdames et Messieurs les députés à soutenir la présente résolution sans réserve.



ra en aucun cas les sommes nécessaires à la réalisation du CEVA, dont il est d'ores et déjà prévu que son bilan d'exploitation sera systématiquement déficitaire, à charge des contribuables genevois et cela pour un intérêt quasiment nul pour les habitants du canton.

Par l'intermédiaire de Monsieur Eric Stauffer, le MCG a donc pris le rapport de minorité qu'il présentera au Grand Conseil lors du vote final en dénonçant l'attitude antidémocratique des partisans du CEVA, lesquels donnent la main à un projet bâclé pour un coût exorbitant et une utilité dérisoire en termes de mobilité, alors que la région frontalière française qui devrait en bénéficier, ne met que

péniblement la main au portemonnaie pour réaliser les quelques centaines de mètres qui seraient à sa charge.

Du reste l'on peut être étonné que ce soit la Chancellerie d'Etat qui hier fasse un communiqué de presse au nom de la commission des travaux! On est la séparation des pouvoirs entre l'exécutif et le législatif.

Le coût de l'opération va endetter le canton de plus de 1 milliard, pour un investissement qui n'apporte rien à Genève et qui ne réglera en aucun cas des pendulaires frontaliers. En effet, on voit mal les frontaliers de Gex ou Annecy entrer dans un Annemasse inaccessible pour payer cher un train et parking pour aller travailler sur Genève qui leurs offre toutes les possibilités de stationner et de bénéficier des TPG (P+R) à moindre prix! Une fois de plus, le MCG est le seul à dénoncer les dysfonctionnements de la classe politique.

*Eric Stauffer, président MCG  
Claude Jeanneret, Député  
Candidat au Conseil d'Etat*

### Insécurité: les Pâquis deviennent une zone de non-droit

## Dealers de drogue, le MCG réclame la tolérance zéro

Le Gouvernement n'est pas à la hauteur de la charge qui lui incombe!

Le Chef du département des Institutions est complice de cette situation par sa «complaisance» coupable envers les commerçants de la mort; les dealers de drogues!

La pression contre les dealers et l'insécurité se relâchent dans le quartier des Pâquis. Le crime prospère au détriment des habitants du quartier, en profitant de ce laxisme. Actuellement, cet effort s'est relâché aux détriment des Citoyennes et Citoyens.

Le MCG demande à nos autorités politiques de s'attaquer à l'insécurité et aux dealers avec plus de fermeté dans ce quartier.

L'été dernier, le MCG est intervenu aux Pâquis contre les dealers qui pourrissent le quartier impunément. Nous avons lancé une opération de sensibilisation citoyenne dans le quartier et déposé une pétition qui a recueilli des milliers de signatures.

Le MCG exige une politique sans compromis envers les criminels et

l'insécurité, et intime le Gouvernement de donner les moyens à la Police d'agir sans délais dans le quartier des Pâquis en multipliant les patrouilles afin de rétablir la sécurité.

Le Mouvement Citoyens Genevois exige que le conseiller d'Etat en charge du DI, sévisse contre les «NEM» non entrées en matière, ou autrement dit les faux réfugiés politiques, qui zonent dans les rues genevoises, en donnant l'ordre à la Police d'incarcérer ces individus pendant 18 mois en application des dispositions fédérales en la matière.

Les Citoyens Genevois doivent-il mettre en place des milices de sécurité privée pour pallier à l'incompétence affichée du Gouvernement qui enferré dans ses contradictions à abandonner les Citoyens!

*Eric Stauffer, Président du  
Mouvement Citoyens Genevois;  
Pascal Spuhler, vice-président*

## CEVA: Les genevois n'ont pas fini de payer

Le 26 mai 2009, la Commission des travaux du Grand Conseil a accepté une augmentation du budget de réalisation du CEVA, augmentant la part cantonale de 120 millions. Le MCG, seul contre tous, considère que cette réalisation pharaonique

que qui ne devait initialement coûter au canton que 400 millions, coûtera finalement, en réalité, plus de 800 millions. Les électrices et électeurs du canton sont donc trompés et il est certain que ce budget complémentaire ne couvri-

# Ein jeder Krieg produziert auch Lügen!

## Das seltsame Ende des Rebellen-Chefs Velupillai Prabhakaran



Markus Borner,  
e. Grossrat,  
SD-Zentral-  
Vizepräsident,  
Basel

Während über 25 Jahren führten die Tamil-Tigers (Liberation Tigers of Tamil-Eelam, LTTE) einen mörderischen Krieg gegen die Zentralregierung von Sri Lanka und forderten die politische Unab-

hängigkeit der von Tamilen bewohnten Gebieten im Norden und Osten der Insel Sri Lanka (ehemals Ceylon).

Es geht hier nicht darum, der einen oder andern «Partei» den Schwarzen Peter zuzuschieben. Vielmehr geht es darum, aufzuzeigen, mit welchem schmutzigen Tricks Kriege geführt werden. Zivilpersonen sind dann meist die Opfer...

Was sich nun nach der totalen Niederlage der Tamil-Tigers im militärischen Bereich auf dieser Insel abspielt, ist ein Riesenskandal und zeigt einmal mehr, wie die UNO

ohnmächtig in solchen Fällen fast nichts Entscheidendes tun kann und andererseits gewisse Grossmächte, hier ist China gemeint, auf Kosten Dritter ihre eigenen Interessen durchsetzen.

### Ein kurzer Rückblick

Es bleibt hier nur wenig Raum, die ganze Geschichte von der Mehrheit der Singhalesen und der Minderheit der Tamilen (zirka 17% der Gesamtbevölkerung) darzustellen. Die eigentliche Urbevölkerung von Sri Lanka sind die Veddas, welche mit der Urbevölkerung Australiens und Afrikas genetisch verwandt sind. Von diesen gibt es aber in Sri Lanka nur noch einige Hundert! Heute werden diese bei der Bevölkerungszählung nicht einmal mehr erwähnt!

Während gut 25 Jahren führten Tamil-Tigers einen sehr blutigen Krieg gegen die Zentralregierung (der Singhalesen), dies auch in deren Hauptstadt Colombo mit Bombenattentaten. Während vieler Jahre hielten die Tamil-Tigers mit militärischen Kräften den von Tamilen besiedelten Norden und Osten der Insel unter ihrer Kontrolle. Diese unterhielten in ihrem Einflussgebiet auch eine eigene Verwaltung, Schulen, Spitäler usw. Seit geraumer Zeit mischte nun China in diesem Krieg auf Seiten der Singhalesen mit. China wird als «Entgelt» einen Seehafen (für zivile und militärische Nutzung) im Süden der Insel in Aussicht gestellt.

Der Krieg nahm in den letzten Monaten immer grausamere Züge an. So ganz die moderne chinesische Kriegsführung: Internationale Beobachter und Journalisten hatten keinen Zugang mehr zum Kriegsgebiet; keine Rücksicht auf die Zivilbevölkerung bei Kampfhandlungen; Dauerbeschuss durch Artillerie auf bewohnte Gebiete und am Schluss Deportation eines Teils der tamilischen Zivilbevölkerung in bewachte Lager mit bis zu 200 000 Menschen!

Die Zentralregierung von Sri Lanka ist der Meinung, dass sich in diesen Lagern Tausende von ehemaligen Kämpfern der Tamil-Tigers versteckt halten...

### Auch Schweizer Tamilen bezahlten

Die LTTE finanzierte ihren Unabhängigkeitskrieg insbesondere mit den im Ausland lebenden Tamilen. In der Schweiz leben etwa 40 000 Sri Lanker mit tamilischen Wurzeln.



Velupillai Prabhakaran, nicht mehr lebender Führer der Tamil-Tigers.

zeln. Viele davon sind eingebürgert. Wirklich integriert sind aber nur wenige! Dies macht es den LTTE-Aktivistinnen leicht, bei etwa 80 Prozent der verdienenden Tamilen einen regelmässigen freiwilligen oder unfreiwilligen Beitrag für den «Unabhängigkeitskampf» einzufordern. Warum leben wohl so viele Tamilen in der Schweiz und weshalb ist Mutter Helvetia zu einem wichtigen Zentrum des tamilischen Widerstands geworden? Die vor Kurzem in verschiedenen Schweizer Städten durchgeführten Demonstrationen nach der militärischen Niederlage im Heimatland beweist einmal mehr die Organisationskraft der Tamil-Tigers im Ausland. Eines muss aber erwähnt werden: Die Vorgehensweise der singhalesischen Militärs – insbesondere in den letzten Monaten – hat mit der Respektierung der Genfer Kriegskonventionen nichts mehr zu tun! «Beschränkte» Politikerhirne streuen hier die Saat aus für spätere erneute blutige Auseinandersetzungen!

### Der merkwürdige «Abgang» von Velupillai Prabhakaran

Dieser führte seine Tamil-Tigers seit über 20 Jahren – meist sogar sehr erfolgreich. Von seiner Gefolgschaft wurde er immerzu wie ein Halbgott verehrt. Im Verlauf der letzten Monate mussten die Tamil-Tigers jedoch zahlreiche militärische Niederlagen einstecken. Diese verloren nach und nach das von ihnen kontrollierte Territorium. Zuletzt wurden über 150 000 Tamilen (darunter viele Frauen und Kinder) im Norden der Insel in einem kleinen Gebiet von wenigen Quadratkilometern von Regierungstruppen eingekesselt und auch massiv beschossen. Das militärische Oberkommando der Tamil-Tigers verkannte in den letzten Monaten die Situation offensichtlich total. Dass die Tamil-Tigers in ihrem Endkampf auch nicht davor zurückschreckten, eigene Landsleute als lebende Schutzschilder zu

### Die Israel-Lobby...

Fortsetzung von Seite 12

**Israel sei in allen relevanten Fragen zu unterstützen.**

**Antisemitische Aktionen in der Schweiz seien zu verhindern oder aufzudecken. Man wolle bei den Medien vorstellig werden, um einzelne Vorfälle ins richtige Licht zu rücken.**

**Es sei zu verkünden, dass man unmöglich den Messias Jeshua gern haben könne, ohne auch die Juden gerne zu haben, weil er selber ja auch ein Jude war.**

**Die Juden sind das auserwählte Volk Gottes. Das sei biblische Wahrheit.**

**Jerusalem sei der klare Beweis der Existenz Gottes.**

**Es sei die starke Verwurzelung des Volkes der Juden im alten Testament nicht zu vergessen. Gott lasse keine Vermischung von Juden mit andern Völkern zu.**

**Dank dem Bund Gottes mit seinem Volk habe Israel überhaupt überlebt.**

**Auf die Siedlungspolitik und die Jerusalem-Frage wolle die Gruppe keinen Einfluss nehmen. Sie seien aussenpolitisch neutral.**

Wir überlassen es unsern Lesern zu überlegen, was von solchen Aussagen und Zielsetzungen einer parlamentarischen Gruppe zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu halten ist.

### Und das Echo im Parlament!

Stolz vermeldet der Interimspräsident Waber, dass bereits 45 Parlamentarier den Beitritt erklärt haben. Noch erstaunlicher als diese enorm hohe Zahl – offenbar bedingungsloser Anhänger der israeli-

schen Macht- und Unterdrückungspolitik – ist die parteipolitische Zusammensetzung der Gruppe. Es dürfte im Interesse aller politisch denkender Mitbürger sein, die Mitglieder dieser Gruppe zu kennen, damit für die eigene Entscheidung bei Wahlen angemessen reagiert werden kann.

### Die Mitglieder der Gruppe Schweiz-Israel sind:

**CVP 1:** Jakob Büchler (SG);

**EDU 1:** Christian Waber (BE);

**EVP 2:** Ruedi Aeschbacher (ZH), Walter Donzé (BE);

**FDP 5:** Martine Brunschwig Graf (GE), Corina Eichenberger (AG), Doris Fiala (ZH), Peter Malama (BS), Werner Messmer (TG);

**SP 1:** Ricardo Lumengo (BE);

**SVP 35:** Adrian Amstutz (BE), Max Binder (ZH), Toni Bortoluzzi (ZH), Elmar Bigger (SG), Roland Borer (SO), Toni Brunner (SG), Jean Henri Dunant (BS), Yvette Estermann (LU), Hans Fehr (ZH), Silvia Flückiger (AG), Oskar Freisinger (VS), Lieni Füglistaller (AG), Hannes Germann (SH), Ulrich Giezendanner (AG), Alice Glauser (VD), Walter Glur (AG), Jean-Pierre Graber (BE), Alfred Heer (ZH), Jasmin Hutter (SG), Hans Kaufmann (ZH), Hans Killer (AG), Josef Kunz (LU), Bundesrat Ueli Maurer (ZH), Christian Miesch (BL), Yvan Perrin (NE), Theophil Pfister (SG), André Reymond (GE), Hans Rutschmann (ZH), Simon Schenk (BE), Marcel Scherer (ZG), Ernst Schibli (ZH), Pirmin Schwander (SZ), Erich von Siebenthal (BE), Jürg Stahl (ZH), Hansueli Wandfluh (BE), Walter Wobmann (SO).

**Benjamin Netanyahu und Avigdor Liebermann werden sich sicherlich freuen!**

benützen – ist vermutlich auch eine Tatsache. Es ist ganz klar, dass die Zentralregierung in Colombo den Tiger-Chef Prabhakaran wenn immer möglich fassen und den Medien (der tamilischen und eigenen singhalesischen Bevölkerung) als Trophäe präsentieren wollte. Dessen Flucht ins Ausland wäre ein falsches Zeichen gewesen. Eine Gefangennahme von Prabhakaran hätte aber auch wieder neue Probleme mit sich gebracht und allenfalls hätte er zu Ungunsten der Zentralregierung unangenehme Dinge ausplaudern können.

Folgende Aussagen waren hierzu in der Zeit der Erstürmung der letzten von Tamil-Tigern gehaltenen Quadratkilometer im Norden der Insel in verschiedenen Schweizer Zeitungen auszumachen:

- Prabhakaran habe sich in einer Unterwasserstation versteckt.
- Prabhakaran versuchte in einem Krankenwagen zu fliehen (hässlich wurde auch vermeldet, dass dies nicht Prabhakaran's Einstellung aus früheren Zeiten gewesen sei. Jener Prabhakaran, der von seinen Kämpfern in aussichtsloser Situation die Einnahme einer Giftkapsel verlangt habe!).
- Prabhakaran würde selbst in der Kampfzone gegen sri-lankische Soldaten kämpfen.
- Prabhakaran habe versucht in einem gepanzerten Fahrzeug zu fliehen. Das Fahrzeug sei jedoch von einer Granate getroffen und die Insassen getötet worden – darunter auch Prabhakaran.
- Es wurden von der Zentralregierung Fotos vom toten Prabhakaran in Uniform kolportiert. (Meist aber nur ein Kopfbild des Toten, wobei dessen Stirn durch eine Art blauen Kartondeckel oder Plastikteil abgedeckt wurde, Letzteres um die Kopfwunde abzudecken. Auf anderen Bildern lag der Tote auf einer Bahre mit dem Grasboden, ebenfalls mit abgedeckter Stirn. Dabei handelte es sich um dieselbe Foto, nur eben mit dem ganzen Körper des Toten. Die Zentralregierung behauptete immerzu, dass dies Prabhakaran sei.

Die Tamil-Tigers gaben den Tod ihres Führer erst sehr spät zu, respektive bekannt. Ob der auf der Bahre Abgebildete wirklich Prabhakaran war, ist aber unsicher. Die Zentralregierung behauptete ferner, dass der auf der Bahre Liegende einen Ausweis der Tamil-Tigers mit dem Namen Velupillai Prabhakaran und der Identifikationsnummer 001 auf sich getragen hätte. Interessant ist auch die Tatsache,

dass der auf der Bahre am Boden Liegende wohl mit einer Uniform bekleidet war, doch keine Schuhe (mehr) trug. Die Hose «hing» irgendwie am Unterbauch, nicht aber dort, wo sie normalerweise hingehört. Ein Hosengürtel fehlte und einen solchen trug Prabhakaran mit Sicherheit, denn er war übergewichtig. Prabhakaran war übrigens bei seinem Tod sauber rasiert und trug wie immer einen Schnauz.

Schon seltsam: Prabhakaran fand offenbar in seinen letzten Lebenstagen noch genug Zeit, sich zu rasieren und dies im Endkampf mit den Soldaten der Zentralregierung. Es hiess, dass er im gepanzerten Fahrzeug durch einen Granattreffer umgekommen sei. Die Uniform des Getöteten auf der Bahre war jedoch in einwandfreiem Zustand (ohne Blutflecken bei einer schweren Kopfwunde!). Hat man ihn etwa für die Foto-Präsentation neu eingekleidet und dabei Gürtel und Schuhe vergessen. Oder wurden ihm diese beiden Utensilien gestohlen?

Vielleicht war es auch ganz anders: Kopfschuss in die Stirn und dies ausserhalb eines gepanzerten Fahrzeuges! Leider können Tote nicht mehr sprechen! Eine gerichtsmedizinische Untersuchung des Leichnams stand da auch nicht mehr zur Diskussion – nicht mal eine Betrachtung des Leichnams durch neutrale Beobachter. Kurz darauf liess die Zentralregierung den Leichnam von Prabhakaran einäschern. Warum diese Eile? Warum übergab man den Leichnam nicht den Familienangehörigen? Etwa der Seuchengefahr wegen? Aus gesicherten Aussagen ist auch bekannt, dass bekannte Führungsleute der Tamil-Tigers gleich nach ihrer Festnahme ohne Gerichtsverfahren erschossen wurden. Das Tamilenproblem lässt sich aber nicht so einfach und rasch aus der Welt schaffen!

#### Anmerkung:

Dass dieser Konflikt in Sri Lanka Flüchtlinge produziert, ist leider eine Tatsache. Deshalb Ja zu humanitärer Hilfe und Vermittlungsbemühungen der neutralen Schweiz! Inakzeptabel ist jedoch, wenn Tamilen beispielsweise in ein Land wie die Schweiz «flüchten» – Tausende Kilometer von der Heimat entfernt. Im südlichen Indien, im Bundesstaat Tamil Nadu, leben ebenfalls über 60 Millionen Tamilen. Und dort ohne Krieg. Ein weiterer Kommentar erübrigt sich! Anders gefragt: Wie naiv sind denn unsere Behörden?



**Kanton Aargau**



## Interpellation

**René Kunz, vom 9. Juni 2009, betreffend Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen im Kanton Aargau**

#### Text und Begründung:

In den kommenden Monaten geht es um den Entscheid betreffend Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen in die Schweiz. Der Bundesrat liess sich schon etliche Akten aus den USA zustellen und bekundet damit die Absicht – von den heute rund 240 Häftlingen eine Anzahl zu übernehmen, d.h. diesen permanenten Aufenthalt in der Schweiz zu gewähren, da der US-Präsident Barack Obama das Gefangenenlager Guantánamo auf Cuba schliessen will. Bekanntlich könnten über 50 Insassen von Guantánamo nicht mehr in ihr angestammtes Heimatland zurückkehren, da diese dort «verfolgt» würden. In den USA wird der Begriff «Selbstverantwortung» seit jeher gross geschrieben. Die Verantwortung gegenüber diesen Kriegsgefangenen liegt somit einzig und alleine bei den USA. Die Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen in der Schweiz wäre aus staats- und sicherheitspolitischen Gründen höchst problematisch und würde die innere Sicherheit empfindlich gefährden. Mit der Asylgewährung muss mit einem «Import» des Terrors gerechnet werden. Tatsache ist auch, dass sich gemäss einem Bericht der US-Regierung fünf Prozent der früheren Guantánamo-Insassen wieder dem Terrorismus zugewandt haben. Gegen weitere 50 Ex-Gefangene bestehe Verdacht, dass sie wieder «terroristische Aktivitäten» verfolgten. Das US-Verteidigungsministerium beruft sich dabei auf Analysen der Geheimdienstagentur (DIA). Die Ex-Insassen stammen demnach unter anderem aus Afghanistan, Marokko, Pakistan und der Türkei (laut SDA Ende Mai 2009).

Es ist auch kaum anzunehmen, dass sich diese Personen in unsere rechtliche, politische und gesellschaftliche Ordnung einfügen und die Grundwerte unserer Gesellschaft anerkennen. Wie es scheint, versucht der Bundesrat möglichst rasch eine Anzahl von Guantánamo-Insassen auszuwählen. Offensichtlich möchte der Bundesrat die weniger gefährlichen «Kandidaten» aufnehmen. Deshalb der Aktivismus in dieser Sache.

In diesem Zusammenhang ersuche ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Haltung nimmt der Regierungsrat zur Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen in der Schweiz ein?
2. Wurde Bundesbern in dieser Angelegenheit im Kanton Aargau schon vorstellig?
3. Beabsichtigt der Regierungsrat Guantánamo-Häftlinge aufzunehmen?
4. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass bei einer Asylgewährung für Guantánamo-Häftlinge die innere Sicherheit der Schweiz tangiert wird?
5. Wenn nein, warum nicht?
6. Ist der Regierungsrat auch der Auffassung, dass diese Häftlinge in Bezug auf deren Weltanschauung, Erziehung und Ausbildung kaum integrierbar sind?
7. Wenn nein, warum nicht?
8. Kann der Regierungsrat die Meinung teilen, dass bei einer Aufnahme der Guantánamo-Insassen ein mit grosser Wahrscheinlichkeit später folgender Familiennachzug die Angelegenheit noch unlösbarer machen würde?

## Unsozial bis auf die Knochen!

bb. Alfred Heer, Nationalrat und Kantonalpräsident der Zürcher SVP, verlangt in Bern mit einer Motion die Abschaffung des Krankenkassen-Obligatoriums. Die Folge davon wäre nicht etwa eine Kosteneinsparung, sondern: Viele Familien und Einzelpersonen würden sich nicht mehr bei einer Krankenkasse versichern lassen, da das Geld knapp – oder gar nicht

mehr vorhanden ist (gerade in der heutigen Rezession!). Ohne Krankenkassenschutz müssten dann im Bedarfsfall die Kantone die Arzt- und/oder Pflegekosten direkt übernehmen oder aber die Dienstleistungserbringer bekommen ganz einfach einen Verlustschein! **«Herr Heer, wen vertreten Sie eigentlich? Normalverdiener oder nur Millionäre?»**

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**

Bernhard Hess, e. Nationalrat,  
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/  
Landrat, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg, e. NR,  
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden

Markus Borner, e. Grossrat, Basel  
Friedrich Auf der Maur, Volketswil

**EU-Zuwanderungs-Ventilklausel:**

## Bundesrat wortbrüchig!

Die Schweizer Demokraten (SD) sind empört und enttäuscht darüber, dass der Bundesrat trotz hoher Einwanderungsrate aus dem EU-Raum, steigender Arbeitslosigkeit und vielfachen Versprechen im Vorfeld der Abstimmung vom 8. Februar 2009 über die Weiterführung der EU-Personenfreizügigkeit auf die Anwendung der Zuwanderungs-Ventilklausel verzichtet. Einmal mehr ist die Regierung somit nicht bereit, die Interessen der eigenen Bevölkerung zu wahren, was einem Kniefall vor der EU gleichkommt. Zudem wird er mit diesem Entscheid gegenüber den Stimmberechtigten einmal mehr wortbrüchig.

Offensichtlich ist unsere Landesregierung trotz weltweiter Wirt-

schaftskrise nicht gewillt, die dringend notwendige Notbremse zu ziehen, damit die unkontrollierte Masseneinwanderung aus dem EU-Raum, wenn auch nicht gestoppt, so doch etwas eingedämmt werden könnte. Nach Einschätzung der SD sind die Voraussetzungen für die Anwendung der Ventilklausel längst gegeben, ist doch die EU-Zuwanderung in die Schweiz trotz weltweiter Wirtschaftskrise nur unwesentlich zurückgegangen.

Im Gegensatz zu SP und Gewerkschaften, welche einzig wenig ergebnisbringende Kontrollen bezüglich Lohndumping und Schwarzarbeit (auf Baustellen – nicht aber im Dienstleistungsbereich) fordern, wollen die SD der unkontrollierten EU-Zuwanderung nicht tatenlos

zusehen. Die Schweiz muss die Einwanderung schon an der Landesgrenze regulieren und begrenzen können. Mit der Anrufung der Ventilklausel hätte die Landesregierung ein wichtiges Zeichen setzen können, insbesondere weil dem Volk während des Abstimmungskampfes hoch und heilig versprochen wurde, dass diese Regelung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die negativen Folgen der Zuwanderung auf unseren Arbeitsmarkt und in unsere Sozialwerke bremsen könnte. Offensichtlich steht aber die heimat-treue SD als einzige Partei konsequent und geschlossen für die Interessen der einheimischen Arbeitnehmer ein.

Bernhard Hess, e. Nationalrat,  
SD-Geschäftsführer

Folgender Resolution haben die SD-Delegierten in Reinach AG einstimmig zugestimmt:

## Guantánamo-«Häftlinge» gehören nicht in die Schweiz!

Seit einiger Zeit zeichnen sich gewisse Mitglieder des Bundesrates – ja noch schlimmer – oft gar der Gesamtbundesrat – dadurch aus, dass dieser speziell im aussenpolitischen Bereich von einem Fettnäpfchen ins andere tritt.

Der von ihm mitverursachte Vertrauensverlust der Schweizer Banken in aller Welt oder der Kniefall der Aussenministerin mit Kopftuch in Teheran, sind leider Tatsachen. **In den kommenden Wochen und Monaten geht es um den Entscheid betreffend Aufnahme von «Guantánamo-Insassen» in die Schweiz!**

Der Bundesrat liess sich schon einige Dossiers von Guantánamo-«Häftlingen» aus den USA zustellen und bekundet damit die Absicht – von den heute über 200 «Häftlingen» eine Anzahl zu übernehmen, d.h. diesen permanenten Aufenthalt in der Schweiz zu gewähren, da der US-Präsident Obama das Gefangenenlager Guantánamo auf Cuba schliessen will. Bekanntlich könnten etwa 50 Insassen von Guantánamo nicht mehr in ihr angestammtes Heimatland zurückkehren, da diese dort «verfolgt» würden. Laut US-Angaben seien diese Leute aber **unschuldig**. Somit stellen sich für die Schweizer Demokraten nachfolgende Fragen:

– **Weshalb wurden diese Leute denn überhaupt so lange in Guantánamo festgehalten?**

– **Sind die US-Behörden denn nicht selbst für diese Leute verantwortlich?**

– **Haben nicht die USA (damalige Bush-Administration) das Problem mit den Häftlingen verursacht?**

– **Müssen die US-Behörden – sollte eine Rückkehr der Ex-Häftlinge in deren Heimatland nicht (mehr) möglich sein – selbst in den USA Gastrecht anbieten?**

Die grosse Mehrheit der Bevölkerung ist der Meinung, dass die Schweiz keine Insassen von Guantánamo aufnehmen muss, da die Eidgenossenschaft nicht auf diese Weise in internationale Konflikte verwickelt werden soll. Zudem

sind die meisten dieser Leute unserer westlich orientierten Kultur völlig fremd und auch in Bezug auf deren Lebenseinstellung und Ausbildung kaum integrationsfähig. Ein späterer mit grosser Wahrscheinlichkeit folgender Familien-nachzug dieser Leute würde diese Angelegenheit noch unlösbarer (in unserer Heimat) machen. Die USA können und müssen dieses selbst verursachte Problem selbstständig lösen. Die USA benötigen hierfür bestimmt keine «humanitäre» Unterstützung seitens der Schweiz! In den USA wird der Begriff «Selbstverantwortung» zudem seit jeher immer gross geschrieben. Warum jetzt nicht mehr?

**Deshalb Nein zu solch naiven aussenpolitischen Eskapaden des Bundesrates mit unabsehbaren späteren innenpolitischen Folgen!** (Siehe auch hierzu die Interpellation auf Seite 15)



**Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**

**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!  
 Nur Zeitungsabonnement  
 Nur Adressänderung

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_


PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
schweizer-demokraten@bluewin.ch



*Liebe Leserinnen und Leser*

Je kürzer und prägnanter Ihr Leserbrief ist, umso eher sehen wir die Möglichkeit einer Publikation.

*Ihre SD-Redaktion*